

Wertpapierhandelsbank AG



LANG & SCHWARZ

GESCHÄFTSBERICHT 2008

GESCHÄFTSBERICHT 2008

Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG

Düsseldorf

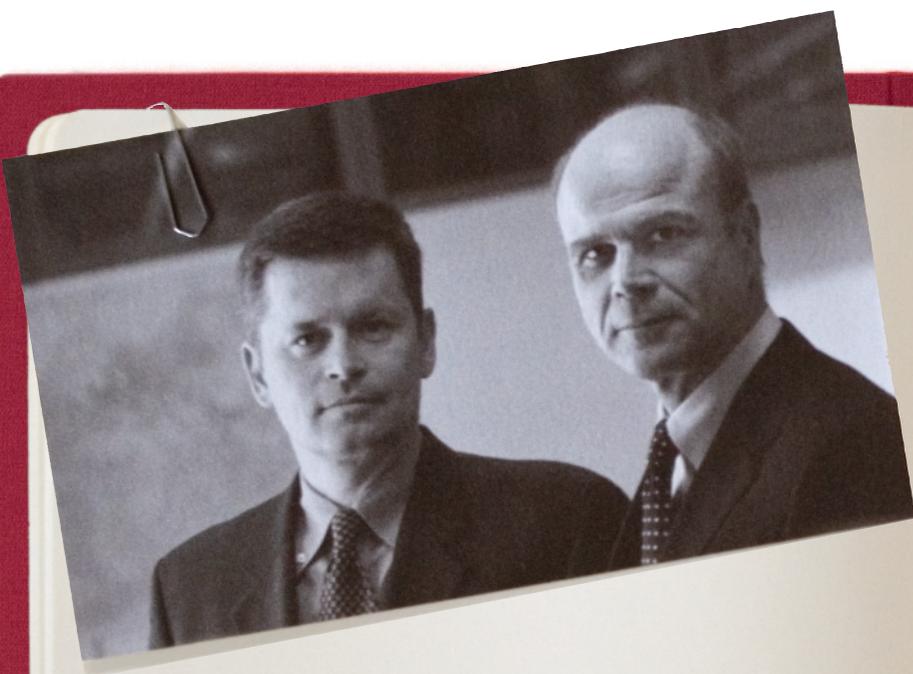
Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG betreibt Geschäfte rund um den Kapitalmarkt. Schwerpunkt ist der börsliche und außerbörsliche Handel mit Aktien oder derivativen Produkten. Im Designated Sponsoring sind wir auf XETRA für eigene Mandate aktiv, für Mandate inländischer Banken als Outsourcingpartner. Darüber hinaus erbringt unsere Gesellschaft Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem going & being-public.

INHALT

VORWORT DES VORSTANDS — *Seite 02*
BERICHT DES AUFSICHTSRATS — *Seite 04*

KONZERNLAGEBERICHT — *Seite 10*
KONZERNJAHRESABSCHLUSS — *Seite 56*

BESTÄTIGUNGSVERMERK — *Seite 184*
CORPORATE GOVERNANCE — *Seite 188*
KONTAKT/IMPRESSUM — *Seite 208*



Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

jedes Geschäftsjahr hat seine besonderen Merkmale und ist in seinen Ausprägungen einzigartig. Die Geschehnisse der letzten 12 Monate sind allerdings so unverwechselbar, dass alles, was ein Bankgewerbe bisher auszeichnete, zur Historie werden ließ. Als Folge sind bisher bewährte Analysemethoden und Bewertungsverfahren nicht mehr anwendbar und gehen fehl.

Vorwort des Vorstands

Durch Verfehlungen wurde eine gesamte Branche in Misskredit gebracht, die Distanz zwischen Öffentlichkeit und Finanzwirtschaft war nie größer. Das globale Finanzsystem steht vor einer seiner größten Bewährungsproben.

Die in ihrer Breite und Höhe dramatischen Kursrückgänge bei den Finanz- und Versicherungswerten sind eine direkte Folge für die Verursacher der Krise, welche im Weiteren mit ihren Auswirkungen nicht nur die Börsen und damit den gesamten Wertpapierhandel, sondern auch die Realwirtschaft erfasste.

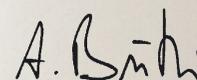
In diesem überaus negativen Umfeld war unsere Gesellschaft dennoch in der Lage, das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis abzuschließen. Die strategische Ausrichtung der Gesellschaft hat sich in dieser Krise bisher bewährt. Die Entscheidung, auf die Courtage im Tradecenter stellenweise zu verzichten, war im ersten Augenblick sehr schmerzhaft, hat aber die Gesellschaft in die Lage versetzt, entgegen dem Trend den Umsatz zu erhöhen und davon zu profitieren.

Sicherlich ist ein Teil des Ergebnisses auch den Vorgängen um die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, kurz EdW, geschuldet. Hier wurden von einem Gericht im Jahr 2008 ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der im Jahr 2007 zugestellten Sonderbeitragsbescheide geäußert. Daraufhin sah sich die EdW gezwungen, diese Bescheide zurückzunehmen. Da dies noch im Rahmen der Abschlussarbeiten erfolgte, hat es unmittelbare Folgen für den Geschäftsabschluss 2008. Die gebildeten Rückstellungen waren aufzulösen. Wir waren und sind nach wie vor der Überzeugung, dass die Jahresbeiträge und Sonderbeiträge an die EdW in ihrer Höhe nicht rechtmäßig sind, die EdW strukturelle Schwächen aufweist und sehen uns vom Gericht bestätigt. Gleichwohl bleiben die Vorgänge um die EdW eine latente Bedrohung für die Gesellschaft, da die juristischen Auseinandersetzungen noch nicht beendet sind. Zudem können von einer Neugestaltung des Anlegerentschädigungsgesetzes mögliche neue Gefahren auf die Gesellschaft ausstrahlen.

Andererseits liegen in jeder Krise auch Chancen. Überkapazitäten werden abgebaut und Marktanteile neu verteilt. Wir wollen diese Geschäftschancen erschließen, die Konsolidierung der Branche nutzen und auf die Anforderungen der Kunden sehr zeitnah reagieren. Dabei werden wir die hohen Standards, die wir in der Vergangenheit gesetzt haben, nicht vernachlässigen. Mit einer deutlich größeren medialen Präsenz haben wir schon im abgelaufenen Geschäftsjahr die Aufmerksamkeit auf die Dienstleistungen von Lang & Schwarz erhöht. Von der veränderten Konkurrenzsituation bei den Wertpapierhandelsbanken wollen wir im Brokerage Geschäft der Lang & Schwarz AG profitieren.

Unser ganz besonderer Lob und Dank gilt unseren Mitarbeitern, die in dieser überaus schwierigen Börsensituation eine hervorragende Arbeit geleistet haben.

DER VORSTAND



ANDRÉ BÜTOW



PETER ZAHN

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der Entwicklung an den Finanzmärkten war das Geschäftsjahr 2008 für die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nicht einfach. Der Vorstand und die Belegschaft haben sich den Herausforderungen jedoch mit Erfolg gestellt.

Im Geschäftsjahr 2008 konnte die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG ein positives Ergebnis erwirtschaften. Das Ergebnis ist zum einen maßgeblich beeinflusst durch die Auflösung der Rückstellungen für den Sonderbeitrag der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) im Zusammenhang mit dem Entschädigungsfall „Phoenix“ und zum anderen durch notwendige Abwertungen auf konzernfremde Beteiligungen der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat hat auch in 2008 seine Aufgaben auf der Grundlage der Gesetze, Satzung und des Corporate Governance Kodex wahrgenommen. Diesen sind wir insbesondere durch regelmäßige Beratungen sowie durch Kontrollen unsererseits nachgekommen.

Der Vorstand ist jederzeit seinen Berichtspflichten dem Aufsichtsrat gegenüber regelmäßig, zeitnah und umfassend nachgekommen. Er hat uns im Berichtszeitraum sowohl mündlich als auch schriftlich über die Geschäfts- und die Risikostrategie, die Jahresberichte der Revision und der Compliance, die laufende Geschäftsentwicklung, die Finanzlage und über bedeutende Geschäftsvorfälle sowie -vorhaben informiert. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden dem Aufsichtsrat unter Angaben von Gründen erläutert. Der Aufsichtsrat hat sich dabei stets von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Die Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat kann zu jedem Zeitpunkt als vertrauensvoll und förderlich bezeichnet werden.

ARBEIT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG trat im abgelaufenen Geschäftsjahr zu insgesamt fünf turnusmäßigen Sitzungen zusammen. Hierbei haben jeweils alle Mitglieder teilgenommen.

In den Sitzungen wurden vor allem folgende Punkte erörtert und diskutiert:

- die wirtschaftliche Entwicklung der Geschäftsbereiche,
- die Risikoberichterstattung des Risikomanagements,
- der gemeinsame Bericht zu Corporate Governance,
- die Tagesordnung mit den Beschlussvorschlägen für die Hauptversammlung 2008,
- die Situation des Unternehmens betreffend die EdW, im Speziellen die Erhebung des Sonderbeitrags im Zusammenhang mit dem Entschädigungsfall „Phoenix“ der EdW,
- die strategische Ausrichtung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG und die Konzernplanungsrechnung.

Bei zustimmungspflichtigen Geschäften haben die Mitglieder des Aufsichtsrats die Beschlussvorlagen eingehend geprüft und verabschiedet.

Auch außerhalb der Sitzungen standen der Vorstand und der Vorsitzende des Aufsichtsrats in regelmäßigem persönlichen sowie telefonischen Kontakt, um sich bei wichtigen Geschäftsvorfällen und wesentlichen Entwicklungen zu beraten.

JAHRES- UND KONZERNABSCHLUSS 2008

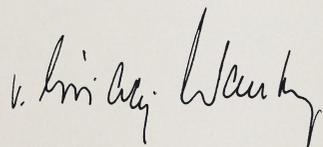
Wie bereits im vergangenen Jahr wurde die Deloitte & Touche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH als Abschlussprüfer mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG betraut. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die den Prüfungsauftrag entsprechend dem Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Juni 2008 erhalten hatte, bestätigte uns im Vorhinein schriftlich ihre Unabhängigkeit im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Nach Durchführung der Prüfungen erklärte der Abschlussprüfer, dass diese zu keinen Einwendungen geführt haben und dass der Jahresabschluss (HGB) nebst Lagebericht und der Konzernabschluss (IFRS) nebst Konzernlagebericht mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen wurden. Die Abschlüsse sowie die Lageberichte lagen dem gesamten Aufsichtsrat rechtzeitig vor, so dass die Unterlagen eigenen Prüfungen unterzogen werden und in der Sitzung am 29. April 2009 gemeinsam mit dem Abschlussprüfer besprochen werden konnten. Der Abschlussprüfer erteilte uns umfassende Auskünfte und stand für anstehende Fragen zur Verfügung. Wir stimmen dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer zu und billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Konzernabschluss 2008. Damit ist der Jahresabschluss 2008 der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nach § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir uns angeschlossen.

CORPORATE GOVERNANCE

Der Aufsichtsrat begrüßt die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex. Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG wurde vom Vorstand und vom Aufsichtsrat zuletzt am 17. März 2009 abgegeben und danach den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht. Den vollständigen Bericht zum Thema „Corporate Governance“ sowie detaillierte Informationen entnehmen Sie bitte den Seiten 188 bis 207 dieses Geschäftsberichts.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre erfolgreiche Arbeit. Wir wünschen allen für die anstehenden Herausforderungen in 2009 das nötige Geschick und viel Erfolg.

DÜSSELDORF, IM APRIL 2009



JOCHEN VON CIRIACY-WANTRUP,
Vorsitzender des Aufsichtsrats



KONZERNLAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr 2008 — *nach IFRS*

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung— *Seite 14*
2. Allgemeine Erläuterung zum Unternehmen— *Seite 17*
3. Geschäftsentwicklung 2008— *Seite 19*
4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag— *Seite 29*
5. Risikobericht— *Seite 30*
6. Vergütungsbericht— *Seite 44*
7. Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB— *Seite 47*
8. Ausblick— *Seite 52*



1. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war 2008 von der Krise an den Finanzmärkten geprägt. Konnte im ersten Quartal in Deutschland noch eine deutliche Steigerung des BIP verzeichnet werden, rutschte die deutsche Wirtschaft dann mit 3 negativen Folgequartalen in die Rezession ab. Ausgelöst durch die in 2007 beginnende Immobilienkrise in den USA verzeichneten eine Reihe von international tätigen Banken und Versicherungen im Jahr 2008 hohe Wertberichtigungen auf Anlagen in Immobilienfinanztitel des Subprimebereichs. Zum Teil konnten diese Institute aufgrund dieser Wertberichtigungen nur durch staatliche Interventionen vor einer drohenden Insolvenz gerettet werden. Die Folge war ein Vertrauensverlust gegenüber der Kreditwirtschaft. Auch innerhalb der Finanzbranche selbst nahm die Bereitschaft zur Kreditvergabe deutlich ab. Die Abschwächung der Exporte im Verlaufe des Jahres 2008, die sich aus der sinkenden Nachfrage aus Amerika und Asien ergab, führte letztlich zu Produktionsüberkapazitäten und einer Abnahme der Investitionstätigkeiten auch in Westeuropa und insbesondere in Deutschland. Die Folgen waren eine weitere Verschlechterung des Konsumklimas und eine steigende Arbeitslosigkeit in der Eurozone. Damit erreichte die Finanzkrise auch die Realwirtschaft.

Die Krise der Finanzwirtschaft und die zunehmenden negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaften sorgten an den Kapitalmärkten in 2008 für fallende Aktienkurse. Der DAX verzeichnete mit einem Minus von 40 % im Börsenjahr 2008 einen seiner höchsten Verluste seiner Geschichte. Dieser Rückgang wurde noch übertroffen durch die Kursabschläge der Finanztitel des DAX. Sie fielen gegenüber dem Vorjahresende um 70 %. Im Segment der Mid Caps büßte der MDAX 42 % ein und im Small Cap Bereich der SDAX 46 %. Ähnliches zeichnet sich auch auf den internationalen Märkten ab, der EuroStoxx50 verlor 44 % und der DowJones schloss das Börsenjahr 2008 mit einem Verlust von 34 % ab. Mit den abnehmenden Kursen sank das Handelsvolumen an den nationalen Börsen.

Die Kursabschläge in 2008 gingen einher mit hohen Kursschwankungen. Die Volatilitäten der Aktienkurse nahmen gegenüber dem Vorjahr deutlich zu. Der VDAX stieg von 16,4 %-Punkten (Jahresende 2007) auf 37,8 %-Punkte (Jahresende 2008). Dies entspricht einer Steigerung um 131 %. Während an den Aktienmärkten mit steigenden Volatilitäten zugleich abnehmende Handelsvolumina verzeichnet wurden, stieg die Anzahl der an der EUREX gehandelten Kontrakte in 2008 auf einen neuen Rekordwert von 3.173 Millionen Kontrakten (Vorjahr: 2.704).

Eine weitere direkte Folge der negativen Entwicklungen der Aktientitel an den deutschen Börsen war der Rückgang der Neuemissionen. So konnte die Deutsche Börse im Jahr 2008 mit SMA Solar AG, GK Software AG und Ropal Europe AG nur drei Neuemissionen über alle Segmente verzeichnen.

Konnte der Euro zu Beginn des Jahres 2008 noch seinen Aufwärtstrend gegenüber dem US-Dollar fortsetzen, fand mit dem Überschwappen der Finanzkrise auf Europa dieser Trend ein Ende. Zum Jahresende notierte der Euro mit 1,3974 leicht schwächer als zu Jahresbeginn.

Diese Entwicklungen hatten negative Auswirkungen auf die Branche der Wertpapierhandelsfirmen.

2. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNG ZUM UNTERNEHMEN

— 2.1. Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2008 wurde die Lang & Schwarz Gate GmbH als 100 %-ige Tochtergesellschaft in unseren Konzernabschluss einbezogen. Darüber hinaus erfolgte erstmals die Einbeziehung der am 14. Januar 2008 gegründeten 100 %-igen Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Broker GmbH.

— 2.2. Geschäftliche Aktivitäten

Lang & Schwarz ist eine Spezialbank im Bereich des Handels mit Wertpapieren und anderen Finanzinstrumenten. Die geschäftlichen Aktivitäten sind unterteilt in die Segmente TradeCenter Aktien (elektronischer Aktienhandel für Privatanleger), TradeCenter Eigene Produkte (Begebung eigener Optionsscheine und Zertifikate sowie das Market Making hierin) und Sales Trading (klassisches Brokeragegeschäft).

Im **TradeCenter Aktien** bietet das Kreditinstitut interessierten Anlegern von Partnerbanken den elektronischen börslichen und außerbörslichen Handel für in- und ausländische Aktien und in Fondsprodukten an. Mit dem Service einer Handelbarkeit derzeit ca. 1.500 ausgesuchter Werte über 15 Stunden wochentäglich sowie samstags und sonntags ist Lang & Schwarz führend.

Diesen einzigartigen Service bietet das Unternehmen auch im Bereich **TradeCenter Eigene Produkte** für den Handel in derzeit ca. 1.200 selbst begebenen Finanzinstrumenten an. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Hebelprodukten.

Im **Sales Trading** erbringt die Bank neben dem klassischen Broker-geschäft auch die Beratung und Betreuung beim Going & Being Public, einschließlich der IPO- und Corporate-Finance-Beratung. Darüber hinaus zählen zum Dienstleistungsspektrum dieses Bereichs die Orderausführung sowie die Ausführung von aktienhandelsnahen Dienstleistungen wie die Durchführung von Aktienrückkaufprogrammen börsennotierter Unternehmen. Als Designated Sponsor stellt Lang & Schwarz zudem verbindliche An- und Verkaufskurse auf der elektronischen Handelsplattform XETRA.

Die Bank ist an den Börsen in Frankfurt, Düsseldorf, Berlin, Stuttgart, Wien (Österreich), sowie auf XETRA und an der EUREX zur Teilnahme am Handel zugelassen. Des Weiteren ist sie Market-Maker auf Quotrix und hat Zugang zu den internationalen Handelsplätzen.

3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG 2008

TRADECENTER AKTIEN

Um Lang & Schwarz noch besser als Alternative zur Börse zu positionieren, wurde im November 2007 die strategische Entscheidung getroffen, auf die Erhebung von Provisionen im außerbörslichen Handel von Lang & Schwarz mit Aktien zu verzichten. Flankiert wurde dieses Vorhaben erstmalig von einer Werbekampagne von Lang & Schwarz in 2008 im Fernsehen (n-tv). Hier wurde in kurzen Spots auf Vorteile des außerbörslichen Handels hingewiesen. Die Produktpalette wurde abermals erweitert und den Markterfordernissen angepasst.

Das Provisionsergebnis verminderte sich auf TEUR –11 (Vorjahr: TEUR 1.860). Dem gegenüber konnte das Handelsergebnis auf TEUR 4.056 (Vorjahr: TEUR 1.286) ausgebaut werden. Das verbesserte Handelsergebnis des Bereichs wird dabei unter anderem auf die deutlich gegenüber dem Vorjahr angestiegene Anzahl der Transaktionen zurückgeführt, die um nahezu 50 % gegenüber dem Vorjahr zulegen konnte. Insbesondere im 4. Quartal 2008 wurde eine deutliche Zunahme der Aktivitäten im Retailmarkt verzeichnet. Trotz der in 2008 abnehmenden Kurse auf breiter Front konnte aufgrund dieser Entwicklung auch der Handelsumsatz gegenüber dem Vorjahr zulegen. Mit dieser Entwicklung setzt sich das TradeCenter Aktien sowohl von den rückläufigen Transaktionsanzahlen als auch den verminderten Handelsvolumen auf XETRA und den deutschen Präsenzbörsen, jeweils im Vergleich des Geschäftsjahres 2008 zum Geschäftsjahr 2007, deutlich ab.

KONZERNLAGEBERICHT

Geschäftsentwicklung

Es zeigt sich, dass das Dienstleistungsangebot von Lang & Schwarz bei den Kunden immer mehr angenommen wird und die durchgeführten Maßnahmen den erwünschten Erfolg in 2008 erzielt haben.

Das Provisionsergebnis und das Handelsergebnis zusammen verbesserten sich in diesem Bereich nach dem Rekordergebnis des Vorjahres noch mal insgesamt von 3.146 um TEUR 899 bzw. 28 % auf TEUR 4.045.

KONZERNLAGEBERICHT

Geschäftsentwicklung

TRADECENTER EIGENE PRODUKTE

Durch jederzeit marktnahe Produkte bietet die Lang & Schwarz AG Kunden die Möglichkeit, mit Hebelprodukten kurzfristige Marktschwankungen zu nutzen. Aufgrund der hohen Volatilität der Märkte in 2008 wurde die Emissionstätigkeit erneut deutlich erhöht. In 2008 wurden insgesamt mehr als 13.000 Produkte emittiert (Vorjahr: ca. 4.500) und damit so viele wie in keinem Geschäftsjahr zuvor. Der Marktanteil konnte auf Grund der guten Service- und Handelsqualität z.B. an der EUWAX in Stuttgart erhöht werden.

Wiederum konnte dieser Bereich ein ausgezeichnetes Ergebnis aus dem Provisionsergebnis und dem Handelsergebnis erzielen. Mit TEUR 7.100 liegt dieses unter dem Ergebnis des Vorjahres von TEUR 7.839.

SALES TRADING

Die Verwerfungen an den internationalen Börsen haben dazu geführt, dass institutionelle Anleger wie Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften und andere Kapitalsammelstellen ihre Anlagestrategie und ihr Anlageportfolio änderten. Die Anlage und der Handel in Aktien haben sich demzufolge gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert. Als Aktienhandelsspezialist hat dies in erheblichem Maße auch Einfluss auf den Bereich Sales Trading gehabt. Der Bereich erzielte in 2008 insgesamt aus dem Provisionsergebnis und dem Handelsergebnis ein nur nahezu ausgeglichenes Ergebnis von TEUR –81 (Vorjahr: TEUR 5.747). Eingerechnet in dieses Ergebnis sind Provisionserträge aus dem Designated Sponsoring. Da schon im Geschäftsjahr 2007 das Börsensegment der Small Caps eine negative Kursperformance aufwies und zudem das Interesse an Werten dieser Gruppe bei allen Marktteilnehmern spürbar nachgelassen hat, wurde eine Änderung der strategischen Ausrichtung vorgenommen. Die Anzahl der durch die Gesellschaft betreuten Mandate verringerte sich daher strategiekonform gegenüber dem Vorjahr von 32 auf 22.

GESAMTERGEBNIS*) DER SEGMENTE 2008

in TEUR

SEGMENTE	2008
TradeCenter Aktien	4.045
TradeCenter Eigene Produkte	7.100
Sales Trading	– 81

*) Provisionsergebnis zuzüglich Handelsergebnis

— 3.1. Konzernertragslage

Die Konzernertragslage von Lang & Schwarz wurde durch die Finanzkrise belastet. Diese zeigt sich besonders durch rückläufige Order-tätigkeiten und abnehmenden Handelsaktivitäten, die sich auch in deutlichen Kursrückgängen an den internationalen Börsen widerspiegeln. Direkt betroffen durch Wertberichtigungen auf derivative Produkte von Gesellschaften wie Lehman Brothers, Bear Stearns oder ein Ausfallen der Handelsabwicklung mit solchen Gesellschaften bzw. durch Wertberichtigungen auf Produkte, die im engen Zusammenhang mit der Subprime Krise stehen, ist der Konzern der Lang & Schwarz AG nicht.

Das Provisionsergebnis nahm aufgrund des Ende 2007 ausgesprochenen Verzichts auf Provisionen im elektronischen Aktienhandel (TradeCenter Aktien) sowie aufgrund der signifikant abnehmenden Ordertätigkeit institutioneller Kunden in 2008 insgesamt deutlich auf TEUR 874 – nach TEUR 5.693 im Vorjahr – ab.

Das Handelsergebnis verminderte sich auf TEUR 9.374 nach TEUR 10.692 im vorangegangenen Geschäftsjahr. Dies entspricht einer Verminderung um TEUR 1.318 oder 12 %.

Personalaufwendungen verminderten sich von TEUR 6.591 um TEUR 2.282 auf TEUR 4.309. Dies ist insbesondere auf gegenüber dem Vorjahr verringerten variablen Vergütungen zurückzuführen. Lang & Schwarz beschäftigt zum Jahresultimo insgesamt 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Vorstand).

Die Sachaufwendungen nahmen um TEUR 2.906 oder 37 % auf TEUR 4.996 ab. Die Verminderung gegenüber dem Vorjahr betrifft überwiegend die im Vorjahr erfassten Aufwendungen für die Bildung der Rückstellungen für Sonderbeiträge an die EdW im Zusammenhang mit dem Entschädigungsfall „Phoenix“. Im März 2005 wurde durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ein Entschädigungsfall durch die Insolvenz der Phoenix Kapitaldienst GmbH (Phoenix) festgestellt. Im Dezember 2007 erhob die EdW erstmals Sonderbeiträge zur Entschädigung von Anlegern der Phoenix in Höhe von TEUR 28.731. Nach dem Sonderbeitragsbescheid der EdW entfielen hiervon TEUR 3.570 auf Lang & Schwarz. In gleicher Höhe wurden Rückstellungen gebildet. Gegen diesen Sonderbeitrag wurde Widerspruch erhoben sowie die Aussetzung der Vollziehung beantragt und, nachdem über den Widerspruch nicht entschieden wurde, Untätigkeitsklage vor dem Verwaltungsgericht Berlin erhoben. Das Verwaltungsgericht Berlin hat mit mehreren Beschlüssen – in Verfahren, an denen Lang & Schwarz nicht beteiligt war – im September 2008 die aufschiebende Wirkung der gegen die Sonderbeitragsbescheide eingelegten Widersprüche angeordnet. Das Verwaltungsgericht hat seine Beschlüsse damit begründet, dass ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Sonderbeitragsbescheide bestehen, unter anderem auch aus verfassungsrechtlichen Gründen. Die EdW hat gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin zunächst Rechtsmittel eingelegt. Mit Bescheid vom 20. März 2009 hat die EdW den am 18. Dezember 2007 erlassenen Sonderbeitragsbescheid aufgehoben.

Aus diesem Grund wurden die für diesen Sonderbeitragsbescheid und mit dem Entschädigungsfall „Phoenix“ zusammenhängenden Risiken gebildete Rückstellung in Höhe von TEUR 3.570 zum 31. Dezember 2008 aufgelöst. Die Erträge aus der Auflösung der Rückstellung sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von TEUR –1.391 (Vorjahr: TEUR –239) betrifft im Wesentlichen die Abwertungen der Beteiligungen an der KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Leverkusen (KTB). Diese Abwertungen wurden notwendig durch Kursrückgänge von im Portfolio der KTB gehaltenen börsennotierten Beteiligungen sowie durch Wertverluste bei weiteren Finanzanlagen, insbesondere bedingt durch verschlechterte wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Insgesamt erzielte der Konzern der Lang & Schwarz AG im Geschäftsjahr 2008 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.885.

— 3.2. Konzernfinanzlage

Die Liquidität der Konzerngesellschaften der Lang & Schwarz AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit ausreichend, die Zahlungsfähigkeit jederzeit gewährleistet. Zum Jahresultimo werden liquide Mittel und kurzfristig veräußerbare Vermögenswerte aus aktivischen Handelsbeständen, kurzfristigen Forderungen an Kreditinstitute und sonstigen kurzfristigen Forderungen in Höhe von TEUR 97.117 ausgewiesen (Vorjahr: TEUR 139.082). Diesen stehen kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen sowie passivische Handelsbestände in Höhe von TEUR 84.423 gegenüber (Vorjahr: TEUR 130.022). Dies entspricht einem bilanziellen Liquiditätsüberschuss von TEUR 12.694 (Vorjahr: TEUR 9.060). Mögliche Zahlung von Sonderbeiträgen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen könnten die Liquiditätslage der Lang & Schwarz negativ beeinflussen.

— 3.3. Konzernvermögenslage

Die Konzernbilanzsumme von Lang & Schwarz beträgt zum 31. Dezember 2008 TEUR 101.516 gegenüber TEUR 145.217 im Vorjahr. Im Wesentlichen verringerten sich auf der Aktiva die Handelsbestände von TEUR 125.682 auf TEUR 85.299 ab, ein Rückgang um 32 %. Darüber hinaus halbierten sich die Ertragsteueransprüche von TEUR 6.390 auf TEUR 3.277. Dies ist im Wesentlichen auf verringerte Steuerforderungen aus Dividendenerträgen zurück zu führen. Dagegen legten die Forderungen an Kreditinstitute auf TEUR 8.717 nach TEUR 7.702 im Vorjahr leicht zu. Die Finanzanlagen nahmen aufgrund von Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 1.322 auf TEUR 2.116 ab. Die Wertberichtigungen auf die Finanzanlagen betrifft die Beteiligung an der KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (KTB), die als Venture Capital Gesellschaft über ein Portfolio an börsennotierten und nicht börsennotierten Beteiligungen verfügt. Die Konjunkturentwicklung hatte auch auf die Portfoliogesellschaften Auswirkungen, die eine Korrektur der Beteiligungswerte und damit letztlich zu einer Minderung des Beteiligungsansatzes dieser Beteiligung in der Bilanz der Lang & Schwarz notwendig machte.

Auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesene Handelsbestände fielen gegenüber dem Vorjahr um 33 % von TEUR 121.039 auf TEUR 80.855. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten fielen von TEUR 1.061 auf TEUR 37. Die sonstigen Rückstellungen verringerten sich im Wesentlichen aufgrund der Auflösung von Rückstellung für Sonderbeiträge an die EdW um 60 % von TEUR 5.684 auf TEUR 2.300. Die Abnahme der sonstigen Passiva von TEUR 4.010 auf TEUR 2.865 beruht maßgeblich auf um TEUR 826 verminderte Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeiter. Das bilanzielle Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahr und beträgt TEUR 14.909. Die Eigenkapitalquote beträgt 15 %, nach 9 % im Vorjahr.

Insgesamt weist die wirtschaftliche Lage des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG geordnete Verhältnisse auf.

4. EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf die Konzernertrags-, Konzernfinanz- oder Konzernvermögenslage der Lang & Schwarz haben könnten und über die zu berichten gewesen wäre, liegen nicht vor.

5. RISIKOBERICHT

—5.1. Risikomanagement

Lang & Schwarz tätig in den Geschäftsfeldern insbesondere Handelsgeschäfte in Finanzinstrumenten, bei denen diese direkt vermittelt oder über einen meist kurzfristigen Zeitraum im Eigenbestand gehalten werden. Die Absicherung dieser Wertpapierbestände und Options- bzw. Futurekontrakte erfolgt durch gegenläufige Bestände oder Kontrakte oder durch dynamisches Deltahedging. Darüber hinaus werden Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen gehalten. Der Umgang mit Risiken, wie ein möglicher Verlust oder ein entgangener Gewinn, ist Bestandteil der Gesamtsteuerung durch den Vorstand. Aus diesem Grund wurde ein zeitnahes Risikomanagement als Risikofrüherkennungs- und -steuerungsinstrument eingerichtet. Die Rahmenbedingungen für den Handel in Finanzinstrumenten sowie das Halten von Beteiligungen an verbundenen Unternehmen sowie das Risikomanagement formuliert der Vorstand in Form von Richtlinien und Arbeitsanweisungen (Organisationsanweisungen). Die in den Rahmenbedingungen enthaltene Geschäftsstrategie und Risikostrategie werden jährlich durch den Vorstand überprüft und geben Art und Umfang möglicher Risikogeschäfte vor. Die frühzeitige Erkennung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken erfolgt unmittelbar durch den Vorstand, der hierbei vom Risikocontrolling und der Internen Revision unterstützt wird.

—5.2. Arten von Risiken

Aus der Geschäftstätigkeit heraus wurden als maßgebliche Risiken identifiziert: Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko und operationelles Risiko.

—5.2.1. Adressenausfallrisiko

Adressenausfallrisiko ist das Risiko, dass ein Vertragspartner nicht oder nicht fristgerecht leistet oder die Gesellschaft einem Vertragspartner trotz der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Darüber hinaus besteht das Wertminderungsrisiko aus Beteiligungen oder Anteilen an verbundenen Unternehmen. Das Adressenausfallrisiko wird unterteilt in die drei Unterrisiken Kreditrisiko, Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko.

Kreditrisiken betreffen bilanzielle Risiken, welche durch das Beteiligungscontrolling überwacht werden, sowie derivative und außerbilanzielle Risiken, die durch das Risikocontrolling der Handelsgeschäfte überwacht werden.

Unter Risiken des Beteiligungscontrollings fallen die möglichen Wertverluste der Beteiligungen sowie der Anteile an verbundenen Unternehmen. Insbesondere wird die Wertentwicklung der Beteiligung an einer Venture-Capital-Gesellschaft beobachtet. Wenngleich dies eine Risikodiversifizierung bedeutet, beinhaltet diese Beteiligung naturgemäß ein hohes Ausfallrisiko. Ziel ist es, dieses Risiko durch die permanente Überwachung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Venture-Capital-Gesellschaft zu mindern. Auf diese Beteiligung wurden in Summe Abschreibungen vorgenommen. Ob künftige weitere Abschreibungen durchgeführt werden müssen, hängt von den Entwicklungen der einzelnen Beteiligungen der Venture-Capital-Gesellschaft ab.

Die Beteiligung an der Venture-Capital-Gesellschaft besteht aus einer Kapitalbeteiligung und einer atypisch stillen Beteiligung. Für die atypisch stille Beteiligung wurde eine Werthaltigkeitsgarantie ausgesprochen. Hierfür wurden Rückstellungen gebildet. Eine weitere Zuführung kann nicht ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der atypisch stillen Beteiligung bestehen derzeit unterschiedliche Auffassungen zwischen Lang & Schwarz und der Venture-Capital-Gesellschaft in der Auslegung der vertraglichen Beteiligungsvereinbarung.

Die Beteiligung an der Venture-Capital-Gesellschaft ist unter anderem aufgrund der Rechtsform der Gesellschaft nur eingeschränkt veräußerbar.

Von untergeordneter Bedeutung sind Kontrahentenrisiken als Risiken des Ausfalls oder der Verschlechterung der Bonität eines Kontrahenten, da nahezu sämtliche Handelsgeschäfte Zug um Zug abgewickelt werden.

Dem Emittentenrisiko als Risiko des Ausfalls oder der Verschlechterung der Bonität eines Emittenten wird mit dem Risikomanagement der Handelsgeschäfte begegnet. Derivative und außerbilanzielle Risiken werden im Rahmen der Marktpreisrisiken überwacht. Darüber hinaus werden mögliche Klumpenrisiken durch die Einbeziehung von aufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement gemindert.

Das Adressenausfallrisiko wird, soweit es nicht das Handelsgeschäft betrifft, auf Basis der durchschnittlichen Wertverluste vergangener Perioden quantifiziert. Auf den 31. Dezember 2008 bezogen beträgt das tatsächlich zu berücksichtigende Risiko TEUR –1.409 (Vorjahr: TEUR –266).

— 5.2.2. Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken sind allgemeine Preisveränderungen von Aktien, Anleihen, Währungen und Rohwaren durch Marktbewegungen. Zu den Marktpreisrisiken zählen Kursrisiken, Zinsänderungsrisiken, Währungsrisiken und Marktpreisrisiken aus Warengeschäften. Als Kursrisiken werden Risiken aus kurzfristigen Marktpreisschwankungen definiert als auch Liquiditätsrisiken aufgrund von marktengen Wertpapieren.

— Preisrisiko aus kurzfristigen Marktpreisschwankungen

Risiken aus kurzfristigen Marktpreisschwankungen oder aus Schwankungen einer impliziten Volatilität misst ein zeitnahes Risikocontrolling. Um risikobehaftete Bestände zu beschränken, wird die Einhaltung vom Vorstand vorgegebener Handelslimite kontinuierlich überwacht.

— Preisrisiko durch Liquiditätsengpässe

Liquiditätsrisiken in Finanzinstrumenten wird durch die bewusste Auswahl der von der Gesellschaft gehandelten Finanzinstrumente begegnet. Darüber hinaus erfolgt die Risikomessung analog der Risiken aus kurzfristigen Marktschwankungen.

— Zinsänderungsrisiko im Handelsgeschäft

Zinsänderungsrisiken aus dem Handelsgeschäft bestehen für das Unternehmen bei zinsabhängigen Produkten. Da Lang & Schwarz Turbo-Optionsscheine auf die Entwicklung von Zinssätzen begibt, bestehen solche Risiken zwar, werden jedoch durch die Organisationsanweisungen limitiert und durch das Risikocontrolling zeitnah gemessen und überwacht.

— Währungsrisiko im Handelsgeschäft

Da Lang & Schwarz Turbo-Optionsscheine auf die Entwicklung von Wechselkursen begibt, bestehen grundsätzlich auch Währungsrisiken aus dem Handelsgeschäft. Sie werden jedoch durch die Organisationsanweisungen limitiert und durch das Risikocontrolling zeitnah überwacht.

Die Überwachung sämtlicher Marktpreisrisiken erfolgt vom Handel unabhängig auf der Grundlage von Bestands- und Marktpreisberechnungen sowie Szenarioanalysen. Eventuelle Limitüberschreitungen im Laufe eines Handelstages werden nach den Vorgaben der Richtlinien und Arbeitsanweisungen durch das Risikocontrolling gemeldet. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus täglich über die Einhaltung der Handelslimite auf das Ende eines Handelstages unterrichtet. Weiterhin werden mit Stress-Test-Szenarien starke Schwankungen von Preisindikatoren simuliert und mögliche Ergebnisauswirkungen auf den Handelsbestand berechnet. Die Messung der Marktpreisrisiken für die Risikotragfähigkeitsanalyse erfolgt auf Basis vorgegebener Szenariomodelle. Das negativste Ergebnis einer Szenario-Matrix wird für die Risikotragfähigkeitsanalyse herangezogen. Auf den Bestand zum Jahresultimo wurde ein zu berücksichtigendes Szenario-Ergebnis in Höhe von TEUR -92 (Vorjahr: TEUR -192) ermittelt.

— 5.2.3. Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken, die unter die Verfügbarkeit liquider Mittel fallen, bestehen bei Lang & Schwarz aufgrund der bestehenden Finanzausstattung grundsätzlich nicht. Dennoch wird die Liquiditätslage täglich in angemessener Weise durch interne Verfahren überwacht. Darüber hinaus wird täglich die Liquidität nach den Vorgaben der Liquiditätsverordnung überwacht. Zudem werden Liquiditätsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse durch die Berechnung eines Zinsschocks berücksichtigt. Grundlage des Zinsschocks von 200 bp bilden dabei die Zinsaufwendungen der vorangegangenen Abrechnungsperiode.

— 5.2.4. Operationelles Risiko

Aufgrund ihrer Tätigkeit als Kreditinstitut unterliegt die Gesellschaft der Kontrolle verschiedener Aufsichtsbehörden. Vor diesem Hintergrund sind für die künftige Entwicklung der Gesellschaft gesetzliche bzw. aufsichtsrechtliche Änderungen ebenso relevant wie das sich ständig ändernde wirtschaftliche und börsliche Umfeld. Deshalb beobachtet und analysiert die Lang & Schwarz AG die Rahmenbedingungen, um eine erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft planen und Maßnahmen hierfür umsetzen zu können. In diesem Zusammenhang wurden folgende Risikofelder identifiziert und Maßnahmen zur Risikobegrenzung und -steuerung ergriffen:

— Personal

Als Dienstleistungsunternehmen ist die Lang & Schwarz AG in besonderem Maße auf ausreichendes und qualifiziertes Personal angewiesen. Die erfolgreiche Personalrekrutierung bleibt zwar auch in kommenden Geschäftsjahren ein latentes Risiko, dürfte sich jedoch gegenüber den Vorjahren nicht verschlechtern. Zudem ist die Gesellschaft intern bestrebt, Mitarbeiter weiterzubilden und fördert die Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften. Mit dem Ausscheiden von Mitarbeitern, die leitende Positionen oder Führungsaufgaben wahrnehmen, kann einer Gesellschaft im Einzelfall ein Wissensnachteil entstehen. Dem wird soweit wie möglich entgegengewirkt.

— EDV

Das Unternehmen ist in hohem Maße auf die Funktionsfähigkeit und Verarbeitungsgeschwindigkeit der Datenverarbeitungs- und Kommunikationssysteme angewiesen. Um die Verfügbarkeit der Systeme jederzeit gewährleisten zu können, wurden alle Kernfunktionalitäten redundant ausgestaltet. Weiterhin hat sich die Gesellschaft gegen den Ausfall der externen Stromversorgung mittels einer unterbrechungsfreien Stromversorgung abgesichert und einen Notfallplan erstellt. Zur Aufrechterhaltung und zur Pflege aller wesentlichen Systeme sind darüber hinaus jederzeit Mitarbeiter des EDV-Bereichs verfügbar.

— Markt- und Börsenentwicklung

Im Rahmen seiner Tätigkeit ist das Unternehmen von der Entwicklung der Wertpapier- und Terminbörsen abhängig, da diese das Anlageverhalten der Kunden und damit das Provisions- und Finanzergebnis beeinflussen. Diesen Risiken wird durch Maßnahmen zur Kundenbindung, eine hohe Qualität der Leistung und ein auf Kunden zugeschnittenes Serviceangebot begegnet.

— Risiken aus einer Strategie- oder Wachstumsverfehlung

Eine Reihe von Faktoren kann das Erreichen von Zielen gefährden. Dazu zählen beispielsweise Marktschwankungen, eine veränderte Marktstellung des Unternehmens sowie veränderte Marktbedingungen im Kernmarkt Deutschland. Wenn es der Gesellschaft nicht gelingt, ihre strategischen Pläne umzusetzen oder wenn die Kosten die Erwartungen übersteigen, könnte die künftige Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflusst werden. Lang & Schwarz AG könnte zukünftig Markttendenzen und Kundenanforderungen nicht rechtzeitig erkennen oder aus anderen Gründen ihr Wachstum in der Zukunft nicht wie gewünscht fortsetzen. Eingetretene Strategieabweichungen werden im Rahmen einer jährlichen Risikoanalyse ebenso überprüft wie die daraus folgenden Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft.

— Wettbewerbsrisiken

Der deutsche Finanzdienstleistungssektor ist durch einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet. Lang & Schwarz steht hierbei nicht nur zu anderen Finanzdienstleistungsinstituten, sondern auch zu Kreditinstituten im Wettbewerb. Infolgedessen lassen sich in den einzelnen Geschäftsfeldern oft nicht die gewünschten Margen erzielen. Dieses Risiko wird durch den Vorstand überwacht und ist Bestandteil der täglichen Ergebnisüberwachung sowie der jährlichen Risikoanalyse.

— Prospektrisiken

Lang & Schwarz hat Prospekte für die Zulassung von Aktien zum regulierten Markt (General Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse veröffentlicht und ist im Emissionsgeschäft von Optionscheinen und Zertifikaten tätig, bei dem ebenfalls Basisprospekte für diese Produkte veröffentlicht werden. Darüber hinaus begleitet die Gesellschaft Unternehmen beim Börsengang und bei Kapitalerhöhungen und unterzeichnet hierbei ebenfalls Prospekte. Lang & Schwarz unterliegt daher der gesetzlichen Prospekthaftung bei Fehlen oder Unrichtigkeit wesentlicher Aussagen in dem jeweiligen Wertpapierprospekt.

— Risiken aus der Ergebnisentwicklung

Es wird täglich eine Ergebnisübersicht für die Handelsbereiche erstellt, unterteilt nach Marktsegmenten. Alle nicht am Handelstag geschlossenen Positionen in Derivaten, Wertpapieren oder Devisen werden dabei auf Basis der Mark-to-Market-Methode bewertet. Anhand der täglichen Ergebnisübersicht ist es möglich, eine zeitnahe Kontrolle und Analyse der Einzelergebnisse der Marktsegmente und des Gesamtergebnisses vorzunehmen sowie deren Entwicklung zu beobachten. Das selbst entwickelte Limit-Kontroll-System unterstützt zudem eine verbesserte Überwachung der Handelsbereiche durch eine automatisierte, vom Handel unabhängige Bestandsbewertung aller Finanzprodukte. Hierauf baut das jeweils fortlaufend an aktuelle Marktentwicklungen angepasstes Risikomanagementsystem für die Handelsrisiken auf.

Für alle Geschäftsbereiche wird zum Jahresende eine Planungsrechnung auf Monatsbasis für das neue Geschäftsjahr erstellt. Der Soll-Ist-Abgleich der Erträge und Aufwendungen der Planungsrechnung mit den tatsächlichen Geschäftsdaten gibt frühzeitig Aufschluss über die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft.

— Rechtliche Risiken

Rechtsrisiken können durch neue gesetzliche Regelungen, die Änderung bestehender Vorschriften sowie eine geänderte Auslegung von Vorschriften oder schließlich aus vertraglich nicht eindeutigen Formulierungen entstehen. Die Überwachung und Steuerung solcher Risiken übernimmt die Rechtsabteilung der Gesellschaft. Zur Minderung von Rechtsrisiken prüft die Rechtsabteilung sämtliche vertraglichen Beziehungen, gegebenenfalls werden rechtliche Beratungsdienstleistungen in Anspruch genommen. Darüber hinaus werden zur Sicherstellung der Beweisbarkeit von telefonischen Handelsaufträgen die Geschäftsgespräche der Händler auf Tonträger aufgezeichnet. Für Kostenrisiken aus Rechtsstreitigkeiten wurde eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen.

Zur Finanzierung des Entschädigungsfalls Phoenix wurde der EdW ein Darlehen von der KfW in Höhe von ca. EUR 130 Mio. gewährt. Die Rückführung soll ab dem Jahr 2010 in jährlichen Tranchen von etwa EUR 25 Mio. erfolgen. Diese Tranchen sind aus dem Vermögen der EdW zu leisten. Sollte dieses nicht ausreichen, müsste sich die EdW erneut über die angeschlossenen Institute die notwendigen Finanzmittel über Sonderbeiträge beschaffen. In diesem Zusammenhang steht eine Novellierung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes (EAEG) an. Bestehende Mängel, die das Verwaltungsgericht Berlin in den Eilentscheidungen zur Rechtswidrigkeit der Sonderbeitragsbescheide im Jahr 2008 festgestellt hat, sollen hierdurch geheilt werden. Eine auf der Grundlage des überarbeiteten EAEGs erlassene neue Beitragsverordnung der EdW soll die jährliche Beitragserhebung und auch Sonderbeitragshebungen neu regeln.

Gegen die jährliche Beitragserhebung der EdW wurden Rechtsmittel eingelegt, die sich gegen die Beitragserhebung als solche, gegen die Ermittlung der Beitragsaufkommen als auch gegen die Sicherungseinrichtung in der bestehenden Form wenden. Es ist damit zu rechnen, dass die Beitragserhebung der EdW bzw. die Sicherungseinrichtung als solches Gegenstand höchstrichterlicher Rechtsprechung im Rahmen eines Bundesverfassungsgerichtsverfahrens sein werden.

Die 10tacle studios AG plante im Geschäftsjahr 2008 die Durchführung einer Kapitalmaßnahme. Mittlerweile befindet sich die Gesellschaft in Insolvenz. Aus dem Bericht des Insolvenzverwalters vom 16. März 2009 an das Insolvenzgericht geht hervor, dass nach Auffassung des Insolvenzverwalters möglicherweise Schadensersatzansprüche gegen die die Gesellschaft betreuende Rechtsanwaltskanzlei und gegebenenfalls gegen Lang&Schwarz in Höhe von ca. TEUR 3.000 zunächst im Wege einer Teilklage geltend gemacht werden könnten. Gegenüber Lang&Schwarz wurden bislang keine Ansprüche geltend gemacht. Nach Prüfung der Rechtslage wird das Risiko einer möglichen Klage als gering eingestuft.

— Sonstige Risiken

Sonstigen betrieblichen Risiken wird vor allem durch den Abschluss von Versicherungen begegnet. Die Gesellschaft entscheidet über Art und Umfang des Versicherungsschutzes auf der Grundlage einer kaufmännischen Kosten-Nutzen-Analyse. Es kann trotz intensiver Bemühungen jedoch möglich sein, dass Verluste entstehen oder Ansprüche erhoben werden, die über den Umfang des bestehenden Versicherungsschutzes hinausgehen, bzw. für die keine Versicherung abgeschlossen wurde.

Das operationelle Risiko wird für die Risikotragfähigkeit durch die Gesellschaft in ausreichendem Umfang in Anlehnung an die Solvabilitätsverordnung (§§ 269 ff. SolvV) durch den Basisindikatoransatz berücksichtigt. Danach ergeben sich operationelle Risiken zum Jahresende 2008 in Höhe von TEUR 2.167 (Vorjahr: TEUR 1.588).

— 5.3. Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit des Unternehmens ist dann nachhaltig sichergestellt, wenn die eingegangenen Risiken ein vorgegebenes Verhältnis (33 %) zwischen diesen Risiken und der Risikodeckungsmasse (TEUR 14.909) nicht überschreiten. Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird die Risikomasse (Summe der Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken) der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Am 31. Dezember 2008 war die Risikotragfähigkeit nach den internen Vorgaben der Gesellschaft gegeben.

6. VERGÜTUNGSBERICHT

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzt sich aus festen Gehaltsbestandteilen und einer variablen, in Abhängigkeit vom Geschäftserfolg gewährten Vergütung zusammen. Darüber hinaus werden Sachzuwendungen in Form von Dienstwagenüberlassungen gewährt. Pensionszusagen, unentgeltliche Aktienausgaben, Aktienoptionen oder sonstige aktienbasierte Vergütungen werden dem Vorstand nicht gewährt.

Die variable Vergütung bemisst sich auf Basis eines analog nach HGB ermittelten Konzernergebnisses unter Berücksichtigung von Sonderinflüssen sowie einer Mindestverzinsung des eingetragenen Grundkapitals der Gesellschaft. Von dieser Regelung kann in Sonderfällen abgewichen werden.

Weiterhin ist in den Dienstleistungsverträgen der Vorstände für den Fall, dass nach Ablauf des Bestellungszeitraums keine weitere Bestellung erfolgt, vorgesehen, dass die Gesellschaft für den Zeitraum von zwölf Monaten ein Übergangsgeld i.H.v. TEUR 10 p.M. zahlt, solange der jeweilige Vorstand kein neues Beschäftigungsverhältnis eingeht. Eine Verpflichtung zur Zahlung des Übergangsgeldes besteht nicht, wenn die Voraussetzung einer Kündigung nach § 626 BGB zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses vorliegt.

Die Gesellschaft hat eine D & O-Versicherung abgeschlossen, die jährlich zur Prolongation ansteht. Die Versicherung deckt die persönlichen Haftungsrisiken für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden.

Es bestehen Vereinbarungen mit jedem Vorstandsmitglied für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrags zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25 % des Aktienbestandes kommt. Die Gesellschaft hat sodann – unbeschadet weitergehender gesetzlicher Rechte – das Recht, die Bestellung mit einer Frist zum Monatsende des 6. auf das Ereignis folgenden Monats zu widerrufen und den Dienstvertrag mit Wirkung auf diesen Beendigungstermin unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zu kündigen. Dem Vorstandsmitglied wird als Abstandszahlung/Entschädigung in diesem Fall zum Zeitpunkt des Ausscheidens ein Betrag in Höhe von 75 % der zwischen dem vorzeitigen Vertragsende und dem Ende der Laufzeit rechnerisch noch anstehende Bezüge nach den entsprechenden Regelungen des Dienstvertrags gezahlt. Bei der Berechnung des 75%igen Tantiemeanteils wird als Berechnungsbasis der Durchschnitt der zuletzt bezogenen beiden Jahrestantiemen zugrunde gelegt. Sachbezüge werden mit dem steuerlichen Ansatz berücksichtigt.

Das gleiche Sonderkündigungsrecht wie zuvor hat in solcher Situation seinerseits das Vorstandsmitglied. Dieses Recht des Vorstandsmitglieds ist jedoch auf den Fall eingeschränkt,

a) dass nach Eintritt des neuen Großaktionärs der Katalog der Geschäfte erweitert oder verschärft wird, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen

oder

b) dass in anderer Weise nach Eintritt des neuen Großaktionärs seitens des Aufsichtsrats auf die Arbeit des Vorstands im Sinne einer Einengung der bisherigen Freiheit bei der Leitung des Unternehmens, insbesondere durch dienstrechtlich gestützte Veränderungen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, Einfluss genommen wird.

Die Verträge enthalten weitere Detailregelungen, unter anderem zu Einzelheiten der Kündigungsfristen.

Die Vergütung an den Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemisst sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007. Für das Geschäftsjahr 2008 hat der Aufsichtsrat wie im Vorjahr auf insgesamt TEUR 45 verzichtet.

Weitere Einzelheiten über die Ausgestaltung der Vergütung können dem Anhang unter Tz. 37.3 entnommen werden.

7. ANGABEN GEMÄSS § 289 ABSATZ 4 HGB

—7.1. Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG hat zum 31. Dezember 2008 insgesamt 3.146.000 auf den Namen lautende Stückaktien herausgegeben. Sämtliche Aktien wurden als Stammaktien emittiert. Rechte und Pflichten aus diesen Aktien ergeben sich aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere der §§ 12, 53 a ff., 118 ff. und 186 AktG.

—7.2. Beschränkungen

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

KONZERNLAGEBERICHT

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

—7.3. Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte übersteigen

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 6. Oktober 2006 die Schwelle von 25 % überschritten hat und nun 25,06 % (788.168 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 12,03 % (378.168 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die ARB Financial Group Plc, Gibraltar, Gibraltar, hat gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und nun 10,05 % beträgt (316.112 Stimmrechte).

Herr Pino Curcio, Gibraltar, hat gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und nun 10,05 % beträgt (316.112 Stimmrechte). Davon sind ihm 10,05 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der ARB Financial Group Plc, Gibraltar, Gibraltar, zuzurechnen.

Weitere Angaben finden Sie im Anhang unter Tz. 39.

KONZERNLAGEBERICHT

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

—7.4. Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden durch die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nicht ausgegeben.

—7.5. Art der Stimmrechtskontrollen

Soweit Mitarbeiter der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG an der Gesellschaft beteiligt sind, üben diese ihre Stimmrechte unmittelbar aus.

—7.6. Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie Änderungen der Satzung

Die Mitglieder des Vorstands werden durch den Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und nach § 8 der Satzung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bestellt und abberufen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so wird dieses nach Maßgabe des § 85 AktG gerichtlich bestellt. Jede Satzungsänderung bedarf gemäß § 179 Abs. 1 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung, der mit grundsätzlich einfacher Stimmenmehrheit zu fassen ist (§ 133 AktG). Die Befugnisse zu Änderungen der Satzung, welche nur die Fassung betreffen, ist gemäß § 14 der Satzung in Übereinstimmung mit § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG auf den Aufsichtsrat übertragen worden.

—7.7. Befugnisse des Vorstands, insbesondere hinsichtlich der
Möglichkeiten, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Nach den Vorgaben der Hauptversammlungsbeschlüsse vom 25. Juni 2008 ist die Gesellschaft ermächtigt, eigene Aktien nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Der Vorstand ist hiernach ermächtigt, bis zum 24. Dezember 2009 Aktien der Gesellschaft zum Zwecke des Wertpapierhandels zu kaufen oder zu verkaufen. Der Handelsbestand darf dabei 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Kalendertages nicht übersteigen und zusammen mit anderen von der Gesellschaft selbst gehaltenen Aktien zu keiner Zeit 10 % des Grundkapitals überschreiten. Der Kaufpreis je Stückaktie (ohne Erwerbsnebenkosten) orientiert sich an dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der letzten drei Handelstage an einer Börse, an der die Aktie der Gesellschaft gehandelt würde, und darf diesen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Die Gesellschaft hat von diesem Recht im Berichtsjahr Gebrauch gemacht. Angaben hierzu können dem Anhang entnommen werden.

Regelungen im Hinblick auf die Ausgabe neuer Aktien sind insbesondere im § 6 Nr. 7 und Nr. 8 der Satzung (genehmigtes Kapital I und II) bzw. § 6 Nr. 9 der Satzung (bedingtes Kapital) enthalten. Weitere Angaben hierzu können dem Anhang entnommen werden.

—7.8. Bedingung eines Kontrollwechsels infolge
eines Übernahmeangebots

Es bestehen keine Vereinbarungen hinsichtlich eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes. Jedoch bestehen Vereinbarungen für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrags zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25 % des Aktienbestandes kommt. In diesem Zusammenhang wird auf den Vergütungsbericht unter 6. verwiesen.

—7.9. Entschädigungsvereinbarung der Gesellschaft
für den Fall eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen wurden, die über die unter 7.8 genannten hinausgehen, bestehen nicht.

8. AUSBLICK

Belastbare Prognosen für das Geschäftsjahr 2009 sind angesichts der derzeitigen Verfassung der nationalen und internationalen Finanzmärkte kaum möglich. Die allgemeine Unsicherheit betrifft Konjunkturprognosen im Allgemeinen als auch die Entwicklung der weltweiten Finanzkrise im Speziellen. Bereits zu Beginn des Geschäftsjahres 2009 haben sich die Aussichten auf das Börsenjahr 2009 weiter eingetrübt. Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihrer Ausrichtung auf Exporte auf eine expansive Weltwirtschaft angewiesen. Durch den sich abzeichnenden weiteren Abschwung der Weltwirtschaft ist auch mit einer weiteren Abnahme der deutschen Exportwirtschaft zu rechnen. Hierdurch bedingt sollen nach der Konjunkturprognose für 2009 des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) Überkapazitäten anwachsen. Zudem wird mit einer Zunahme der Kurzarbeit und einer zunehmenden Arbeitslosenzahl gerechnet. Erst ab 2010 erwartet das ifo eine Abebbung der negativen Auswirkungen der Finanzkrise und eine Stabilisierung eines verbesserten internationalen Umfelds. Darüber hinaus sind Sonderfaktoren, insbesondere rund um die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, für das laufende Geschäftsjahr nicht auszuschließen.

Die Herausforderungen, denen sich Lang & Schwarz neben anderen Wertpapierhandelsbanken in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld für die folgenden Jahre stellen muss, sind groß, besonders da bedingt durch den Konjunkturabschwung mit einer abnehmenden Handelstätigkeit an den Börsen auch in 2009 zu rechnen ist. Durch die Abhängigkeit der Lang & Schwarz von der Handelstätigkeit, insbesondere in Aktien und aktiennahen Derivaten, können alle Geschäftsbereiche von den negativen Auswirkungen betroffen sein. Bemühungen richten sich daher besonders auf eine Festigung der bestehenden Kundenbindungen bei gleichzeitiger Überprüfung möglicher Risikofaktoren. Risikofaktoren betreffen unter anderem bei einer sich verschlechternden Marktliquidität von einzelnen Finanzinstrumenten Designated Sponsorverträge, mit denen Lang & Schwarz die Verpflichtung zur Liquiditätsbereitstellung auf XETRA übernommen hat. Bereits im Geschäftsjahr 2008 wurde daher auf Grundlage erstellter Analysen begonnen, selektiv die Anzahl der betreuten Designated Sponsor Mandate zu reduzieren.

Mit abnehmenden Handelstätigkeiten an den Börsen, insbesondere in Aktien, besteht das Risiko weiter rückläufiger Aktienkurse und damit weiter rückläufiger Provisionserträge. Allgemein rückläufige Handelstätigkeiten an den nationalen und internationalen Märkten können zudem Partnerbanken der Lang & Schwarz belasten und damit auch negative Auswirkungen auf das Ertragspotential der Lang & Schwarz AG haben. Dem gegenüber bieten volatile Aktienkurse marktkundigen Anlegern die Chance auf kurzfristige Schwankungen zu reagieren.

Die derzeitige und die künftig erwartete Marktlage enthält damit Risiken als auch Chancen für das Geschäftsmodell von Lang&Schwarz in den nächsten Jahren.

Mit den in den letzten beiden Geschäftsjahren vorgenommenen strategischen Weichenstellungen erscheint die Gesellschaft im Hinblick auf die Herausforderungen aber gut aufgestellt. So wurde im Geschäftsjahr 2007 auf die Erhebung der Provisionen im Aktienhandel des Bereichs TradeCenter Aktien verzichtet. Hierdurch wurde die Basis für eine Erhöhung der Handelsvolumina geschaffen und damit für eine Steigerung des Ertragspotentials. Mit einer deutlich größeren medialen Präsenz ist darüber hinaus die Erwartung verbunden, eine erhöhte Aufmerksamkeit für die Dienstleistungen der Lang&Schwarz erreichen zu können.

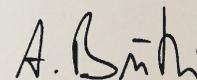
Auch für den Bereich TradeCenter Eigene Produkte bieten die erwartet volatilen Märkte für die selbst begebenen Turbo-Optionsscheine eine erhöhte Aufmerksamkeit bei interessierten Anlegern und damit ausreichend Ertragspotential. Aufrecht erhalten wird das Interesse an Turbo-Optionsscheine durch eine täglich aktualisierte Produktpalette, die sich an den Schwankungen der zugrundeliegenden Produkte orientiert. Die Emissionstätigkeit hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. In 2008 erreichte sie bislang ihren Höhepunkt mit über 13.000 Emissionen. Erhöhte Risiken können sich bei volatilen Märkten jedoch durch Kursschwankungen, im Unterschied von Tagesendkursen zu Tagesanfangskursen (overnight gaps) für die Risikoabsicherung ergeben. Solche Risiken werden durch das Risikosystem der Lang&Schwarz erfasst, gemessen und laufend kontrolliert.

Aus der Veränderung der Konkurrenzsituation im Bereich der Wertpapierhandelsbanken sowie der Notwendigkeit das Ergebnis im Bereich Sales Trading zu verbessern, werden im Geschäftsjahr 2009 verstärkt Anstrengungen unternommen, um das Brokeragegeschäft von Lang&Schwarz besser zu positionieren.

Größere Börseneinführungen von neuen Gesellschaften oder Kapitalmaßnahmen bereits zum Handel zugelassener Gesellschaften wurden bislang für 2009 noch nicht angekündigt. Das Umfeld bietet möglichen Kandidaten derzeit auch wenig Potential, wodurch nennenswerte Mandate für den IPO Bereich voraussichtlich erst ab 2010 zu erwarten sind.

DÜSSELDORF, DEN 20. APRIL 2009

DER VORSTAND



ANDRÉ BÜTOW



PETER ZAHN



KONZERNABSCHLUSS

für das Geschäftsjahr 2008 — *nach IFRS*

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung — Seite 58

Konzernbilanz — Seite 60

Konzernkapitalflussrechnung — Seite 62

Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung — Seite 64

Konzernanhang 2008 — Seite 66

Entwicklung des Anlagevermögens — Seite 114

BESTÄTIGUNGSVERMERK — Seite 184

CORPORATE GOVERNANCE — Seite 188

KONTAKT/IMPRESSUM — Seite 208

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	<i>Anhang</i>
1. Zinserträge	4
2. Zinsaufwendungen	4
Zinsergebnis	4
3. Provisionserträge	5
4. Provisionsaufwendungen	5
Provisionsergebnis	5
5. Handelsergebnis	6
6. Ergebnis aus Finanzanlagen	7
7. Verwaltungsaufwendungen	8
8. Sonstige betriebliche Erträge	9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	
9. Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10
10. Konzernüberschuss (Vorjahr: Konzernfehlbetrag)	
11. Verlustvortrag	
12. Bilanzverlust	
Ergebnis pro Aktie:	11
Konzernüberschuss (Vorjahr: Konzernfehlbetrag)	
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien (unverwässert)	
Ergebnis pro Aktie in Euro (unverwässert)	
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien unter Berücksichtigung des bedingten Kapitals	
Ergebnis pro Aktie in Euro (verwässert)	

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 — nach IFRS

2008	Vorjahr
<i>in EUR</i>	<i>in TEUR</i>
296.883,76	82
- 1.088.874,62	- 1.141
- 791.990,86	- 1.059
6.334.162,97	16.029
- 5.459.728,41	- 10.336
874.434,56	5.693
9.374.169,46	10.696
- 1.390.758,39	- 239
- 9.543.307,26	- 14.659
3.925.064,29	671
2.447.611,80	1.103
- 562.926,95	- 1.557
1.884.684,85	- 454
- 6.414.447,04	- 5.960
- 4.529.762,19	- 6.414
1.885	- 454
3.126.941	3.127.314
0,60	- 0,15
3.126.941	3.326.002
0,60	- 0,15

KONZERNBILANZ zum 31. Dezember 2008 — nach IFRS

AKTIVA

	Anhang	31.12.2008 in EUR	Vorjahr in TEUR
Vermögenswerte			
1. Barreserve	3.8, 12	4.669,93	3
2. Forderungen an Kreditinstituten	3.9, 12	8.717.464,47	7.702
3. Forderungen an Kunden	3.9, 13	112.061,72	152
4. Handelsaktiva	3.10, 14	85.299.174,11	125.682
5. Finanzanlagen	3.11, 15	2.115.707,76	3.438
6. Immaterielle Vermögenswerte	3.12, 16	1.045.238,60	793
7. Sachanlagen	3.13, 16	345.394,21	394
8. Ertragsteueransprüche	3.14, 17	3.277.098,20	6.390
9. Latente Steueransprüche	3.14, 18	526.969,80	577
10. Sonstige Aktiva	3.15, 19	71.925,39	86
		101.515.704,19	145.217

PASSIVA

	Anhang	31.12.2008 in EUR	Vorjahr in TEUR
Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.16, 12	36.566,75	1.061
2. Handelsspassiva	3.17, 20	80.854.968,25	121.039
3. Ertragsteuerverpflichtungen	3.14, 21	550.001,15	394
4. Sonstige Rückstellungen	3.18, 23	2.299.810,00	5.684
5. Sonstige Passiva	3.19, 24	2.865.392,64	4.010
		86.606.738,79	132.188
Eigenkapital			
1. Gezeichnetes Kapital	25.1	9.438.000,00	9.438
2. Kapitalrücklage	25.2	9.010.104,16	9.084
3. Gewinnrücklagen	25.3	1.030.874,76	1.031
4. Bilanzverlust	25.4	-4.529.762,19	-6.414
5. Eigene Anteile	25.5	-40.251,33	-110
		14.908.965,40	13.029
		101.515.704,19	145.217

KONZERNKAPITALFLUSSRECHNUNG

in TEUR

Anhang

Konzernüberschuss vor Ertragsteuern	
Im Konzernüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit	
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und auf immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Goodwill), auf Finanzanlagen sowie Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	
+/- Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	
-/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	
+/- Sonstige Anpassungen	
Zwischensumme	
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile	
-/+ Zunahme/Abnahme der nicht zum Finanzmittelfonds zuzurechnenden Forderungen an Kreditinstitute	
-/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	
-/+ Zunahme/Abnahme Handelsaktiva	
-/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva	
+/- Zunahme/Abnahme Handelspassiva	
+/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva	
+ Erhaltene Zinsen und Dividenden	
- Gezahlte Zinsen	
+ Erstattete Ertragsteuern	
- Gezahlte Ertragsteuern	
Cashflow aus operativer Tätigkeit	

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 — nach IFRS

2008	Vorjahr
2.448	1.103
1.648	-419
6.414	3.985
-3.453	4.086
2	-7
-10.349	-21.675
-3.290	-12.927
0	-90
22	-143
36.494	-61.078
3.208	-5.965
-42.779	57.909
-1.513	-38
11.437	22.816
-1.089	-1.141
0	0
-1	-846
2.489	-1.503

Fortsetzung auf S. 56

KONZERNABSCHLUSS
Kapitalflussrechnung

in TEUR

Anhang

Cashflow aus operativer Tätigkeit	
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanz- und Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten	
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten	
Cashflow aus Investitionstätigkeit	
+/- Nettoveränderung aus Käufen und Verkäufen eigener Anteile	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Finanzmittelfonds am Ende der Vorperiode	
Cashflow aus operativer Tätigkeit	
Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	
Barreserve	12
täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute abzüglich täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12

Der Finanzmittelfonds setzt sich zusammen aus der Barreserve und den täglich fälligen Guthaben in laufender Rechnung abzüglich der täglich fälligen Verbindlichkeiten in laufender Rechnung sowie Tagesgeldanlagen- und aufnahmen.

KONZERNABSCHLUSS
Kapitalflussrechnung

2008	Vorjahr
2.489	- 1.503
- 442	- 711
- 2	8
- 444	- 703
- 4	0
- 4	0
6.527	8.733
2.489	- 1.503
- 444	- 703
- 4	0
8.568	6.527
5	3
8.563	6.524
8.568	6.527

KONZERNEIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

in TEUR

	<i>Anhang</i>
Stand 1. Januar 2007	
Konzernfehlbetrag	
Veränderung Eigene Anteile aus der Stichtagsbewertung	
Stand 31. Dezember 2007	
nachrichtlich: Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen nach IAS 1.96 (c)	
Stand 1. Januar 2008	
Konzernüberschuss	
Veränderung Eigene Anteile wegen Transaktionen	
Veränderung Eigene Anteile aus der Stichtagsbewertung	
Stand 31. Dezember 2008	
nachrichtlich: Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen nach IAS 1.96 (c)	

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 — nach IFRS

Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bilanzverlust	Eigene Anteile	Summe
25.1	25.2	25.3	25.4	25.5	
9.438	9.172	1.031	-5.960	-198	13.483
0	0	0	-454	0	-454
0	-88	0	0	88	0
9.438	9.084	1.031	-6.414	-110	13.029
			-454		-454
9.438	9.084	1.031	-6.414	-110	13.029
0	0	0	1.884	0	1.884
0	0	0	0	-4	-4
0	-74	0	0	74	0
9.438	9.010	1.031	-4.530	-40	14.909
			1.884		1.884

KONZERNANHANG für das Geschäftsjahr 2008 — *nach IFRS*

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG unterhält als in Deutschland ansässiges Unternehmen ihren Sitz auf der Breite Straße 34 in 40213 Düsseldorf.

Die Kontaktdaten der Gesellschaft sind:

Tel.: +49(0)1802.13 81 38

Fax: +49(0)211.138 40 90

www.ls-d.de

public-relations@ls-d.de

Die Hauptaktivitäten des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG sind im Abschnitt Segmentberichterstattung (Tz. 26) beschrieben. Für die Durchführung dieser, zum Teil erlaubnispflichtigen Geschäftstätigkeiten, wurden der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verschiedene Genehmigungen nach dem Kreditwesengesetz (KWG) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erteilt.

GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

2. ANWENDUNG VON NEUEN UND GEÄNDERTEN STANDARDS

—2.1 Im laufenden Geschäftsjahr anzuwendende Standards und Interpretationen

Das International Accounting Standards Board (IASB) hat keine neuen Rechnungslegungsstandards (IFRS) veröffentlicht, die im laufenden Geschäftsjahr erstmalig anzuwenden waren.

Allerdings hat das IASB am 13. Oktober 2008 Änderungen zum IAS 39 (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung) und IFRS 7 (Finanzinstrumente: Angaben) beschlossen, die Möglichkeiten zur Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ermöglichen. Mit der Verordnung (EG) Nr. 1004/2008 vom 15. Oktober 2008 wurden die Änderungen in europäisches Recht übernommen und traten am 17. Oktober 2008 in Kraft. Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG hat von den Möglichkeiten einer Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten in 2008 keinen Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus wurden vom IFRIC nachfolgende Interpretationen veröffentlicht, die im laufenden Geschäftsjahr anzuwenden sind:

- IFRIC 11 Konzerninterne Geschäfte und Geschäfte mit eigenen Anteilen nach IFRS 2
- IFRIC 12 Dienstleistungskonzessionsvereinbarung
- IFRIC 14 IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Minderfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung

Die Anwendung dieser Interpretationen hat zu keinerlei Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzern geführt.

— 2.2 Veröffentlichte Standards und Interpretationen,
die noch nicht angewendet werden

Von der vorzeitigen Anwendung der nachfolgenden Standards und Interpretationen wurde zulässigerweise abgesehen:

- Überarbeitung von IFRS 1, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- Änderung von IFRS 1 und IAS 27 betreffend die Feststellung der Anschaffungskosten eines Tochterunternehmens im Einzelabschluss, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- Änderung von IFRS 2 betreffend Ausübungsbedingungen und Annullierungen, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen,
- Änderung von IFRS 3 sowie Änderung von IAS 27 (überarbeitet) betreffend die geänderte Abbildung bestimmter Aspekte von Unternehmenszusammenschlüssen im Konzernabschluss, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- IFRS 8 (Geschäftssegmente), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen,
- Änderung von IAS 1 betreffend die überarbeiteten Anforderungen an die Darstellung mancher Abschlüsse und überarbeitete Formulierungen, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen,

- IAS 23 (überarbeitet) (Fremdkapitalkosten), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen,
- Änderung von IAS 32 und IAS 1 betreffend kündbare Finanzinstrumente und bei Liquidation entstehende Verpflichtungen, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen,
- Änderung von IAS 39 betreffend qualifizierende gesicherte Grundgeschäfte, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- IFRIC 13 Kundenbindungsprogramme, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2008 beginnen,
- IFRIC 15 Vereinbarungen über die Errichtung und Immobilien, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- IFRIC 16 Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Oktober 2008 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- IFRIC 17 Sachausschüttungen an Eigentümer, auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- Änderungsstandards im Rahmen des jährlichen Verbesserungsprozesses an den IFRS, kleine Änderungen an verschiedenen IFRS betreffend, überwiegend auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 bzw. 1. Januar 2010 beginnen.

Aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards und Interpretationen, überwiegend in dem Geschäftsjahr, das mit dem 1. Januar 2009 beginnt, erwarten wir keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Freigabe des Abschlusses zur Veröffentlichung waren die folgenden Standards und Interpretationen bereits veröffentlicht, aber noch nicht verpflichtend anzuwenden. Auch wurden sie noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen:

- IFRS 7 (Finanzinstrumente: Angaben), Änderungen hinsichtlich verbesserter Angaben zu Finanzinstrumenten,
- IFRIC 9 (Neubeurteilung eingebetteter Derivate), Änderung hinsichtlich eingebetteter Derivate bei Umklassifizierung,
- IFRIC 18 (Übertragungen von Vermögenswerten von Kunden), anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen.

Mögliche Auswirkungen dieser Standards werden vom Konzern derzeit geprüft.

—2.3 Übereinstimmungserklärung

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr 2008 erfolgte gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002. Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) bzw. International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie deren jeweiliger Auslegung durch das Standing Interpretation Committee (SIC) bzw. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) aufgestellt.

Der Konzernabschluss besteht aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzernbilanz, der Kapitalflussrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und dem Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt als Teil des Anhangs. Er wird durch die Versicherung der gesetzlichen Vertreter ergänzt. Darüber hinaus wurde entsprechend § 315a HGB ein Konzernlagebericht erstellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

3. VERWENDETE BEWERTUNGSGRUNDLAGEN SOWIE ANDERE
BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Bilanzstichtag ist der 31. Dezember 2008. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Alle Beträge in diesem Abschluss werden in Euro bzw. TEUR angegeben, soweit notwendig wurde kaufmännisch gerundet.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going-Concern).

Änderungen der Darstellung des Abschlusses betreffen den Ausweis von Zinserträgen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen, die im Berichtsjahr unter dem Handelsergebnis statt wie im Vorjahr unter den Zinserträgen (Vorjahr: TEUR 4) ausgewiesen werden. Vorrangiges Ziel der Gesellschaft ist es, Handelsergebnisse zu erzielen. Aus diesem Grund wird es als sachgerecht erachtet, Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen, die aus kurzfristig zu Handelszwecken gehaltenen Beständen vereinnahmt werden, dem Handelsergebnis zuzurechnen.

— 3.1 Konsolidierungskreis

Tochterunternehmen werden ab dem Tag in den Konsolidierungskreis aufgenommen, an dem der Konzern die faktische Kontrolle erlangt. Die Unternehmen scheiden bei Verkauf oder im Fall, dass nicht länger ein beherrschender Einfluss durch die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG ausgeübt werden kann, aus dem Konsolidierungskreis aus.

In den Konzernabschluss wurde gemäß IAS 27 neben dem Einzelabschluss der Muttergesellschaft Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG wie auch in den Vorjahren der Einzelabschluss der 100 %-igen Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Gate GmbH, Düsseldorf, Deutschland, über die die Muttergesellschaft einen beherrschenden Einfluss ausübt, einbezogen. Darüber hinaus wird im Berichtsjahr erstmals die 100 %-ige Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Broker GmbH, Düsseldorf, Deutschland, welche mit notariellem Vertrag vom 14. Januar 2008 gegründet wurde, in den Konzernabschluss aufgenommen.

Zum 31. Dezember 2008 besteht zwischen der Lang & Schwarz Gate GmbH als beherrschtem Unternehmen und der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG als beherrschendem Unternehmen ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Vertrag konnte erstmals auf den 31. Dezember 2004 gekündigt werden und unterliegt seither einer Kündigungsfrist von drei Monaten auf das Ende eines Kalenderjahres. Er verlängert sich, soweit er nicht gekündigt wird, um ein weiteres Kalenderjahr.

— 3.2 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wurde unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze aufgestellt. Alle Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden auf den 31. Dezember 2008 aufgestellt.

Die Erstkonsolidierung der Lang & Schwarz Gate GmbH erfolgte wegen nur geringfügiger Auswirkungen gegenüber der Einbeziehung zum Erwerbszeitpunkt auf den 1. Januar 2000 (Einbeziehungszeitpunkt).

Die Kapitalkonsolidierung der Lang & Schwarz Gate GmbH erfolgte nach dem zum Zeitpunkt der Konsolidierung anzuwendenden IAS 22 nach der Benchmark-Methode, wonach die identifizierbaren Vermögenswerte und Verpflichtungen des einzubeziehenden Unternehmens in Höhe des erworbenen Anteils zum Zeitpunkt des Erwerbs mit dem Marktwert angesetzt wurden. Ein verbleibender aktivischer Unterschiedsbetrag wurde als Firmenwert aktiviert und zwischenzeitlich über die Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Erstkonsolidierung der Lang & Schwarz Broker GmbH erfolgte auf den Tag der Gründung am 14. Januar 2008.

Alle wesentlichen konzerninternen Transaktionen zwischen den zu konsolidierenden Unternehmen werden gemäß IAS 27.24 eliminiert. Hierbei werden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen konsolidiert und konzerninterne Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

— 3.3 Ansatz und Kategorisierung von finanziellen
Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ein- und Ausbuchungen von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgen zum Handelstag. Dies ist der Tag, an dem die Verpflichtung zum Kauf oder Verkauf eines Vermögenswertes oder einer Verpflichtung eingegangen wird. Der Erstansatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter Berücksichtigung von Transaktionskosten. Davon ausgenommen sind finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (fair value) bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten“ zugeordnet werden. Hier erfolgt der Erstansatz zum beizulegenden Zeitwert ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten.

Die Kategorisierung der finanziellen Vermögenswerte erfolgt nach folgenden Kategorien:

- a) Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (financial assets at fair value through profit or loss)
- b) Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available-for-sale financial assets)
- c) Kredite und Forderungen (loans and receivables)

Die Kategorisierung der finanziellen Verpflichtungen erfolgt nach folgenden Kategorien:

- d) Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (financial liabilities at fair value through profit or loss)
- e) Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (financial liabilities at amortised cost)

Die Kategorisierung hängt von der Art und dem Verwendungszweck der finanziellen Vermögenswerte ab und erfolgt bei Zugang.

Zu a) und d) Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wenn sie entweder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden oder zu Handelszwecken gehalten werden. Letzteres liegt vor, wenn der finanzielle Vermögenswert oder die finanzielle Verpflichtung hauptsächlich mit der Absicht erworben/veräußert wurde, ihn/sie kurzfristig in der Zukunft zu verkaufen/zu kaufen, oder Teil eines eindeutig identifizierten und gemeinsam gesteuerten Portfolios von Finanzinstrumenten ist, für das in der jüngeren Vergangenheit Hinweise auf kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen, oder ein Derivat ist, das nicht als Sicherungsinstrument eingestuft wurde und als solches effektiv ist.

Von der fair value Option wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Unter diese Kategorie fallen die Handelsaktiva bzw. die Handelspassiva.

Zu b) Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Nicht konsolidierte Beteiligungen werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft und zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Einstufung als zur Veräußerung verfügbar erfolgt insbesondere bei der Absicht finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung anzubieten. Die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes erfolgt wie in Tz. 3.5 beschrieben.

Unter diese Kategorie fällt der Aktivposten Finanzanlagen.

Zu c) Kredite und Forderungen

Die Kategorie Kredite und sonstige Forderungen betrifft alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte mit fester oder bestimmbarer Zahlung, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Voraussetzung hierfür ist, dass diese finanziellen Vermögenswerte nicht zu Handelszwecken gehalten werden bzw. beim erstmaligen Ansatz nicht der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugerechnet werden.

Unter diese Kategorie fallen Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie unter den sonstigen Aktiva ausgewiesene Forderungen an Mitarbeiter.

Zu e) Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden

Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und unter den sonstigen Passiva ausgewiesene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern werden in der Kategorie Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zusammengefasst.

— 3.4 Berücksichtigung von Bewertungsergebnissen aus finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden mit dem beizulegenden Zeitwert (fair value) angesetzt. Jeder aus der Bewertung resultierende Gewinn oder Verlust wird erfolgswirksam erfasst. Der erfasste Nettogewinn oder -verlust schließt etwaige direkt zurechenbare Dividenden und Zinsen aus Finanzinstrumenten mit ein. Die Art und Weise der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes (faire value) ist in Tz. 3.5 beschrieben.

Die finanziellen Vermögenswerte der Kategorien zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite und Forderungen werden zu jedem Bilanzstichtag auf das Vorhandensein von Indikatoren für eine mögliche Wertminderung untersucht. Eine Wertminderung liegt vor, wenn infolge eines oder mehrerer Ereignisse, die nach dem erstmaligen Ansatz des Vermögenswertes eintreten, ein objektiver Hinweis dafür vorliegt, dass sich die erwarteten künftigen Cashflows aus den finanziellen Vermögenswerten negativ verändert haben.

Finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar eingestuft werden, werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertungsergebnisse der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden grundsätzlich in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) erfasst, sofern es sich nicht um erfolgswirksam zu berücksichtigende dauerhafte Wertminderungen handelt.

Wesentliche oder anhaltende Verringerungen des beizulegenden Zeitwerts unter ihren Anschaffungskosten werden als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Eine Wertaufholung wird erfolgswirksam vorgenommen, wenn der Grund für die dauerhafte Abschreibung entfällt und es sich um ein Fremdkapitalinstrument handelt. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Wertaufholung erfolgsneutral (Neubewertungsrücklage).

Kredite und Forderungen werden nach der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Mit Ausnahme von kurzfristigen Forderungen, bei denen der Zinseffekt unwesentlich wäre, werden Zinserträge grundsätzlich gemäß der Effektivzinsmethode erfasst. Bei den finanziellen Vermögenswerten der Kategorie Kredit und Forderungen können objektive Hinweise auf eine Wertminderung hindeuten. Hierunter fallen insbesondere das Eintreten von Zahlungsverzug oder die Insolvenz des Schuldners. Der Buchwert des Vermögenswerts wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos aktivisch reduziert. Eine Wertminderung wird erfolgswirksam erfasst. Eine erfolgswirksame Zuschreibung wird vorgenommen, wenn der Grund für die Wertberichtigung entfällt. Eine Zuschreibung über die ursprünglichen Anschaffungskosten hinaus ist dabei ausgeschlossen. Bei Uneinbringlichkeit wird der finanzielle Vermögenswert gegen das Wertberichtigungskonto ausgebucht. Nachträgliche Erträge aus bereits ausgebuchten Beträgen werden direkt erfolgswirksam erfasst.

Im Rahmen der Folgebewertung werden finanzielle Verpflichtungen der Kategorie Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Bewertungsergebnisse werden erfolgswirksam erfasst, wenn die finanzielle Verpflichtung ausgebucht wird.

— 3.5 Beizulegender Zeitwert (fair value)

Als beizulegender Zeitwert wird grundsätzlich der Betrag angesetzt, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden kann.

Als beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten wird bei börsennotierten Finanzinstrumenten grundsätzlich der Börsenpreis des Stichtags zugrunde gelegt. In Fällen, in denen kein adäquater Börsenpreis vorliegt, wird der beizulegende Zeitwert anhand des Börsenpreises vergleichbarer Finanzinstrumente oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt. Bei Optionen wird das gängige finanzmathematische Modell von Black-Scholes angewandt. Ausgenommen hiervon sind american-style-Optionen, welche nach dem gängigen finanzmathematischen Modell von Cox-Ross-Rubinstein bewertet werden. Dabei werden insbesondere implizite Volatilitäten der zugrundeliegenden Produkte, aktuelle Zinssätze entsprechend der Restlaufzeiten der Optionen sowie gegebenenfalls zu berücksichtigende Dividendenzahlungen zu Grunde gelegt.

Bei der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligung handelt es sich um eine Venture-Capital-Gesellschaft, die in ihrem Portfolio diverse Beteiligungen und andere Finanzanlagen (z. B. Darlehen) hält. Beteiligungen im Portfolio der Venture-Capital-Gesellschaft, die an einem geregelten Markt notiert sind, werden mit dem Kurswert bewertet. Der Wert anderer Beteiligungen wird in Anlehnung an das Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt. Andere Finanzanlagen werden anhand weiterer zugänglicher Informationen (wie z. B. Zins- und Tilgungsrückstände) bewertet. Dem DCF-Verfahren liegen Annahmen zugrunde, welche nicht von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet werden. Für die verschiedenen so bewerteten Beteiligungen wurden Plandaten der Beteiligungsgesellschaften zugrunde gelegt. Des Weiteren wurde ein risikoangepasster Abzinsungssatz in Höhe von i.d.R. 10 % angewendet. Bei einer werterhöhenden Anpassung von Bewertungsparametern um jeweils 10 % (wertmindernde Anpassung um jeweils 10 %) würde sich der Wert der Finanzanlage um TEUR 87 erhöhen (TEUR 88 vermindern). Zum Vorjahresstichtag hätte sich der Wert der Finanzanlage um TEUR 157 erhöht (TEUR 160 vermindert). Im Geschäftsjahr 2008 mussten Abwertungen insbesondere bedingt durch verschlechterte wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Höhe von TEUR 1.322 vorgenommen werden. Im Vorjahr konnte aufgrund eines erfolgreichen Verkaufs einer Beteiligung noch eine erfolgswirksame Zuschreibung in Höhe von TEUR 612 auf die Finanzanlage erfolgen.

— 3.6 Währungsumrechnung

Fremdwährungspositionen werden beim erstmaligen Ansatz zum offiziellen Referenzsatz der Europäischen Zentralbank oder gegebenenfalls zu sonstigen geeigneten Kassakursen in Euro umgerechnet. Gemäß IAS 21 werden für die Folgebewertung Fremdwährungsposten in monetäre und nicht monetäre Posten unterteilt. Sämtliche monetäre Fremdwährungsposten werden unter Verwendung des Stichtagskurses umgerechnet. Bewertungsergebnisse aus der Währungsumrechnung monetärer Posten werden stets erfolgswirksam vereinnahmt. Nicht monetäre Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert in einer Fremdwährung bewertet wurden, werden mit dem Stichtagskurs umgerechnet. Bewertungsergebnisse aus der Währungsumrechnung dieser nicht monetären Posten werden erfolgswirksam berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag bestanden monetäre Fremdwährungsposten unter den Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten (erfolgswirksame Erfassung der Umrechnungsdifferenz von TEUR -94; Vorjahr: TEUR 2) sowie nicht monetäre Fremdwährungsposten unter den Beständen der Handelsaktiva und -passiva, die gemäß IAS 39 über das Ergebnis zu ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

— 3.7 Schätzungen

Sind für die Bilanzierung und Bewertung Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, so wurden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Schätzungsunsicherheiten betreffen insbesondere bei Finanzanlagen die Bewertung auf der Basis von möglicherweise unsicheren Prognoseberechnungen. Zudem können sich Unsicherheiten bei der Schätzung von Rückstellungen ergeben.

Schätzungsänderung im Berichtsjahr betrifft die Auflösung der Rückstellung in Höhe von TEUR 3.570 für den Sonderbeitrag der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsfirmen (EdW) für den Entschädigungsfall „Phoenix“. Grund der Auflösung der Rückstellung ist ein Bescheid der EdW vom 20. März 2009, mit dem die EdW den Bescheid über den Sonderbeitrag vom 18. Dezember 2007 aufgehoben hat (vgl. Tz. 23). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass künftig erneut Sonderbeiträge durch die EdW auch für den Entschädigungsfall „Phoenix“ erhoben werden. Der Zeitpunkt solcher möglichen Sonderbeitragsenerhebungen sowie deren Höhe sind derzeit nicht abzuschätzen. Darüber hinaus besteht eine Schätzungsänderung im Rahmen der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Beteiligung an der Venture-Capital-Gesellschaft KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (KTB) (Wert zum 31. Dezember 2008: TEUR 2.116; Vorjahr: TEUR 3.438). Hierdurch ergibt sich im Geschäftsjahr 2008 ein zusätzlicher Aufwand in Höhe von TEUR 1.322 (vgl. Tz. 15).

Zu weiteren Ausführungen der Schätzungsunsicherheiten der Beteiligungswerte an der KTB verweisen wir auch auf Tz. 3.5. Hinsichtlich der atypisch stillen Beteiligung an der KTB bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG und der Venture-Capital-Gesellschaft in der Auslegung der vertraglichen Beteiligungsvereinbarung. Hieraus ergibt sich eine Schätzungsunsicherheit im Bezug auf die Rückstellung für die Gesamtausgleichsverpflichtung (TEUR 2.065; Vorjahr: TEUR 1.996) in Form von möglichen künftigen Zuführungen (Tz. 23).

Hinsichtlich Schätzungsunsicherheiten bei der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes verweisen wir auf Textziffer 3.5.

— 3.8 Barreserve

Die hierunter fallenden Kassenbestände werden zum Nominalwert angesetzt.

— 3.9 Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Unter den Forderungen an Kreditinstitute werden Konten in laufender Rechnung sowie Tages- und Termingelder bilanziert.

Forderungen an Kunden beinhalten kurzfristige Forderungen aus dem Vertrieb von Kursdaten sowie Provisionsforderungen aus der Designated Sponsoringtätigkeit. Wertberichtigungen werden aktivisch von der gesamten Position abgesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden werden der Kategorie Kredite und Forderungen zugerechnet.

— 3.10 Handelsaktiva

Unter den Handelsaktiva werden long-Bestände in Aktien, Optionscheinen, Zertifikaten, gezahlte Optionsprämien, Investmentanteilen und Anleihen ausgewiesen, die zu Handelszwecken gehalten werden.

Sie sind der Kategorie Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte zugeordnet.

— 3.11 Finanzanlagen

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an anderen, nicht konsolidierten Gesellschaften, werden der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugerechnet.

— 3.12 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software und Firmen- bzw. Geschäftswerte ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten angesetzt, abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen. Immaterielle Vermögenswerte werden über 3-5 Jahre linear abgeschrieben.

Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei dem Erwerb eines Tochterunternehmens entsteht, entspricht dem Überschuss der Anschaffungskosten des Erwerbs über den Konzernanteil an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden des Tochterunternehmens zum Erwerbszeitpunkt. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im Zugangszeitpunkt mit seinen Anschaffungskosten bilanziert und in den Folgeperioden mit seinen Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Die Erstkonsolidierung der Tochterunternehmen erfolgte vor dem 31. März 2004. Ermittelte Geschäfts- oder Firmenwerte wurden in der Vergangenheit vollständig abgeschrieben.

Zu jedem Bilanzstichtag überprüft der Konzern die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, um festzustellen, ob es Anhaltspunkte für eine eingetretene Wertminderung dieser Vermögenswerte gibt. Sind solche Anhaltspunkte erkennbar, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswertes geschätzt, um den Umfang eines eventuellen Wertminderungsaufwands festzustellen. Kann der erzielbare Betrag für den einzelnen Vermögenswert nicht geschätzt werden, erfolgt die Schätzung des erzielbaren Betrags der Zahlungsmittel generierenden Einheit, zu welcher der Vermögenswert gehört.

Bei immateriellen Vermögenswerten, die noch nicht für eine Nutzung zur Verfügung stehen, wird jährlich und immer dann, wenn ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung vorliegt, ein Wertminderungstest durchgeführt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Wenn der geschätzte erzielbare Betrag eines Vermögenswertes (oder einer Zahlungsmittel generierenden Einheit) den Buchwert unterschreitet, wird der Buchwert des Vermögenswertes (der Zahlungsmittel generierenden Einheit) auf den erzielbaren Betrag vermindert. Der Wertminderungsaufwand wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen (Wertminderungen) sowie Aufwendungen, die sich aus einer Ausbuchung ergeben, werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Sollte sich der Wertminderungsaufwand in der Folge umkehren, wird der Buchwert des Vermögenswertes (der Zahlungsmittel generierenden Einheit) auf die neuerliche Schätzung des erzielbaren Betrages erhöht. Die Erhöhung des Buchwertes ist dabei auf den Wert beschränkt, der sich ergeben hätte, wenn für den Vermögenswert (die Zahlungsmittel generierende Einheit) in den Vorjahren kein Wertminderungsaufwand erfasst worden wäre. Eine Wertaufholung wird unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Ein für Geschäfts- oder Firmenwerte erfasster Wertminderungsaufwand darf in künftigen Perioden nicht aufgeholt werden.

— 3.13 Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden die für die Erbringung der Dienstleistungen des Konzerns notwendige Betriebs- und Geschäftsausstattung, Einbauten und geleistete Anzahlungen ausgewiesen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung umfasst hierbei auch die EDV-technische Hardware. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, wenn die Voraussetzungen hierfür nach IAS 16 erfüllt sind.

Die Sachanlagen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, abzüglich der kumulierten Abschreibungen und aller kumulierten Wertminderungsaufwendungen. Abschreibungen auf Sachanlagen erfolgen planmäßig und linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der jeweiligen Vermögenswerte.

VERMÖGENSWERTE

Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer

in Jahren

Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 – 13
EDV Hardware	2 – 4
Einbauten	5 – 10

Planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen (Wertminderungen) sowie Aufwendungen, die sich aus einer Ausbuchung ergeben, werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Hinsichtlich der Prüfung auf Anhaltspunkte für eine eingetretene Wertminderung und deren Folgen verweisen wir auf Tz. 3.12.

— 3.14 Ertragsteuern

Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden mit den gültigen Ertragsteuersätzen berechnet und in der Höhe erwarteter Rückerstattungsansprüche von oder Zahlungsverpflichtungen an Steuerbehörden ausgewiesen.

Latente Ertragsteueransprüche oder -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen zwischen der Konzernbilanz nach IFRS und der Steuerbilanz gebildet. Ihre Berechnung erfolgt mit dem Steuersatz, der bei ihrer Auflösung zu erwarten ist. Dabei werden die Steuersätze verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig sind. Für temporäre Differenzen, bei deren Auflösung Steuerentlastungen zu erwarten sind, und deren Eintreten wahrscheinlich sind, werden aktive latente Ertragsteueransprüche bilanziert. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu einer Verpflichtung führen, werden passive latente Ertragsteuerverpflichtungen bilanziert.

Für steuerliche Verlustvorträge, deren Nutzung wahrscheinlich ist, wurden aktive latente Ertragsteueransprüche gebildet.

Tatsächliche Ertragsteuererstattungsansprüche werden unter dem Bilanzposten Ertragsteueransprüche ausgewiesen, tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen unter den Ertragsteuerverpflichtungen. Der Ausweis der latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt, soweit dies nach IAS 12 verpflichtend ist, saldiert in einem Bilanzposten.

—3.15 Sonstige Aktiva

Unter diesen Bilanzposten werden Beträge ausgewiesen, die unter keiner der anderen Bilanzposten zu erfassen sind. Hierunter fallen Forderungen an Mitarbeiter mit Laufzeiten von bis unter fünf Jahren, die der Kategorie Kredite und Forderungen zugerechnet werden, sowie innerhalb von zwölf Monaten fällige Steuerforderungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

—3.16 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden Konten in laufender Rechnung sowie Termingelder bilanziert. Die Verbindlichkeiten sind sämtlich innerhalb von zwölf Monaten fällig.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden der Kategorie finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zugerechnet.

—3.17 Handelspassiva

Unter den Handelspassiva werden zu Handelszwecken gehaltene Lieferverpflichtungen aus Leerverkäufen in Aktien, Verpflichtungen aus eigenen begebenen Optionsscheinen und Zertifikaten sowie erhaltene Optionsprämien ausgewiesen.

Sie sind der Kategorie Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen zugerechnet.

—3.18 Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 zu passivieren sind. Die Höhe der angesetzten Rückstellungen wurde nach dem bestmöglichen Schätzer bemessen. Dies ist der Betrag der erforderlichen Ausgabe, der zur Erfüllung der Verpflichtungen zum Bilanzstichtag oder zur Übertragung der Verpflichtung auf einen Dritten zu diesem Termin gezahlt werden müsste. Rückstellungen, bei denen mit dem Mittelabfluss nach zwölf Monaten bezogen auf den Bilanzstichtag gerechnet wird, werden mit dem Barwert ihrer Verpflichtung angesetzt, wenn der Zinseffekt wesentlich ist.

—3.19 Sonstige Passiva

Hierunter fallen insbesondere Bonifikationen an Mitarbeiter für das abgelaufene Geschäftsjahr, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Kosten der Rechtsform. Die sonstigen Passiva umfassen auch abgegrenzte Schulden.

Die in den sonstigen Passiva enthaltenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern werden den finanziellen Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zugerechnet.

Die sonstigen Passiva sind innerhalb von zwölf Monaten fällig.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND
VERLUSTRECHNUNG

4. ZINSERTRÄGE UND ZINSAUFWENDUNGEN

Zinserträge resultieren aus:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr ^{*)}
Kontokorrentkonten und Tagesgeldanlagen	289	74
Übrige	8	8
Gesamtzinserträge	297	82

^{*)} Zinserträge aus dem Handelsbestand zugerechnete festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen in Höhe von TEUR 4 werden anders als im Vorjahr nunmehr im Handelsergebnis gezeigt (vgl. Tz. 3).

Die Gesamtzinsaufwendungen betragen TEUR –1.089 (Vorjahr: TEUR –1.141) und betreffen im Wesentlichen Aufwendungen aus Kontokorrentkonten und Tagesgeldaufnahmen.

Kontokorrentkonten und Tagesgelder werden der Kategorie Kredite und Forderungen zugerechnet. Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerte liegen nicht vor.

Zuführungen zur Rückstellung für Gesamtausgleichsverpflichtungen an die KTB (vgl. Tz. 7), die sich aus dem Barwerteffekt ergeben, werden unter dem Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen.

5. PROVISIONSERGEBNIS

Das Provisionsergebnis gliedert sich wie folgt:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
Courtagen und ähnliche Provisionen aus dem Vermittlungsgeschäft		
— Erträge	5.668	15.097
— Aufwendungen	– 5.460	– 10.336
	208	4.761
Designated Sponsoring Fee sowie Provisionen für die Betreuung beim going & being public	666	932
	874	5.693

6. HANDELSERGEBNIS

Im Handelsergebnis sind realisierte Ergebnisse aus zu Handelszwecken erworbenen oder verkauften Finanzinstrumenten sowie Bewertungsergebnisse aus zu Handelszwecken im Bestand gehaltenen oder verkauften Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, enthalten. Darüber hinaus werden Stückzinserträge und Dividendenerträge ausgewiesen, soweit diese aus solchen Beständen stammen.

Das Handelsergebnis gliedert sich wie folgt:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr^{*)}
Wertpapiere	10.138	- 1.732
Derivate	- 764	12.428
	9.374	10.696

**) Zinserträge aus dem Handelsbestand zugerechnete festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen in Höhe von TEUR 4 werden abweichend zum Vorjahr nunmehr im Handelsergebnis gezeigt (vgl. Tz. 3).*

Das Handelsergebnis aus Wertpapieren enthält Dividendenerträge in Höhe von TEUR 14.181 (Vorjahr: TEUR 28.783). Diese resultieren insbesondere aus Dividendenzahlungen (im Vorjahr einschließlich Sonderdividenden) für unterjährig gehaltene Aktienbestände. Die Dividendenerträge sind mit den negativen Handelsergebnissen aufgrund des Dividendenabschlags auf die Aktienbestände im Handelsergebnis verrechnet.

Dividendenerträge werden mit der Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung erfasst.

7. ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN

Der Ausweis von TEUR -1.391 (Vorjahr: TEUR -239) betrifft die Bewertung der Beteiligung an der KTB sowie Anpassungen der hiermit im Zusammenhang stehenden Rückstellung für Gesamtausgleichsverpflichtungen an die KTB (vgl. Tz. 15 und 23).

8. VERWALTUNGSaufWAND

Die Verwaltungsaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
Gehälter	2.888	2.708
Sonstiges	892	3.324
Gehaltsaufwendungen	3.780	6.032
Sozialabgaben	529	559
Personalaufwendungen	4.309	6.591
EDV-Kosten	1.247	923
Gebühren und Beiträge	1.038	4.539
Rechts- und Beratungskosten	898	412
Kommunikations- und Leitungskosten	345	314
Werbekosten	334	311
Kosten der Rechnungslegung	209	273
Raumkosten	162	220
Übrige	763	910
Sachaufwendungen	4.996	7.902
Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	238	166
Summe Verwaltungsaufwendungen	9.543	14.659

Im Monatsdurchschnitt waren in 2008 inklusive der Geschäftsleiter 52 Mitarbeiter(innen) angestellt (Vorjahr: 50). Diese teilen sich wie folgt auf:

	Männlich	Weiblich	Summe
Sales Trading	4	2	6
TradeCenter Aktien	10	1	11
TradeCenter Eigene Produkte	7		7
Rechnungswesen		4	4
Risikocontrolling/ Controlling	3		3
Backoffice		5	5
Vorstand/Management	4		4
IT	9		9
Verwaltung		3	3
Summe	37	15	52

Die sonstigen Personalaufwendungen beinhalten variable Zahlungen in Höhe von TEUR 811 (Vorjahr: TEUR 3.246). Leistungsorientierte Pläne hat die Gesellschaft nicht verabschiedet.

Die übrigen Sachaufwendungen enthalten aus Gründen der Wesentlichkeit und der Vereinfachung die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 18 (Vorjahr: TEUR 12) statt diese in einem separaten GuV-Posten auszuweisen. Im Berichtszeitraum wurden keine Ausbuchungen von Forderungen an Kunden vorgenommen (Vorjahr: TEUR 15).

9. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Sonstige betriebliche Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.750	288
Lizenz Erlöse	36	34
Übrige	139	349
	3.925	671

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen betreffen mit TEUR 3.570 die Auflösung der Rückstellung für den Sonderbeitrag „Phoenix“, der mit Bescheid vom 18. Dezember 2007 festgesetzt wurde. Dieser Sonderbeitrag wurde mit Bescheid vom 20. März 2009 durch die EdW aufgehoben, wodurch der Grund für die Rückstellung entfallen ist.

10. ERTRAGSTEUERN AUF DAS ERGEBNIS AUS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die Ermittlung der Ertragsteuern erfolgt auf der Grundlage der nationalen Steuersätze. In 2008 beträgt der Körperschaftsteuersatz 15 % (Vorjahr: 25 %), der hierauf erhobene Solidaritätszuschlag 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %). Der Gewerbesteuersatz setzt sich aus der Steuermesszahl in Höhe von 3,5 % (Vorjahr: 5 %) und dem Gewerbesteuerhebesatz von 445 % (Vorjahr: 445 %) zusammen.

Der rechnerische kombinierte Steuersatz für die Ermittlung der latenten Steuern beträgt ca. 31,4 % (Vorjahr: 31,4 %).

In 2008 wurden periodenfremde tatsächliche Ertragsteuern von TEUR –110 (Vorjahr: TEUR –225) erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge wurden nach IAS 12 latente Steueransprüche in dem Umfang einer möglichen Nutzung dieser Verlustvorträge angesetzt. Berechnet wurde hiernach ein Betrag von TEUR 527 aus künftigen zu versteuernden Ergebnissen, die in Planungsrechnungen ermittelt wurden. Zum Ende des Geschäftsjahres 2008 wurden somit TEUR 527 aktive latente Steuern für steuerliche Verlustvorträge aktiviert. Der Grund für im Vorjahr für das Entstehen temporärer Unterschiede gebildete passive latente Steuern von TEUR 699 ist entfallen. Die passiven latenten Steuern wurden daher erfolgswirksam aufgelöst.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

Ein auf Änderungen der Steuersätze beruhender latenter Steueraufwand liegt im Berichtsjahr nicht vor (Vorjahr: TEUR 156). Die im Berichtsjahr aufgrund bestehender steuerlicher Verlustvorträge in Anspruch genommenen Minderungen der Ertragsteuern in Höhe von TEUR 918 waren durch die im Vorjahr aktivierten latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge (TEUR 1.276) vollumfänglich abgedeckt.

Aktive latente Steuern für die steuerlichen Verlustvorträge von TEUR 10 (Vorjahr: TEUR 880) wurden in der Bilanz nicht angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht erläutert den Zusammenhang zwischen den Ertragsteuern und dem Ergebnis nach IFRS:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
Ergebnis vor Steuern	2.448	1.103
Anzusetzender Steuersatz	31,4 %	39,8 %
rechnerische Ertragsteuern	-769	-439
Korrektur der rechnerischen Ertragsteuern um Steuereffekte aus:		
—Steuereffekt auf nicht abziehbare Aufwendungen	-21	-26
—Steuereffekt auf steuerfreie Erträge	1	5
—Steuern aus Vorjahren	-110	-225
—Änderung der Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern	431	-767
—Änderung nationaler Steuersätze	0	-156
—Übrige	-95	51
Ertragsteuern	-563	-1.557

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

11. ERGEBNIS PRO AKTIE

		2008	Vorjahr ^{*)}
Konzernüberschuss			
(Vorjahr: Konzernfehlbetrag)	<i>in TEUR</i>	1.885	-454
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien (unverwässert)	<i>in Stück</i>	3.126.941	3.127.314
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien (verwässert)	<i>in Stück</i>	3.126.941	3.326.002
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	<i>in EUR</i>	0,60	-0,15
Ergebnis je Aktie (verwässert)	<i>in EUR</i>	0,60	-0,15

^{*)} Im Vorjahr wurde das Ergebnis je Aktie um die potentiellen Aktien verwässert dargestellt, wodurch sich ein je Aktie geringerer Jahresfehlbetrag darstellte. Diese Vorjahresangabe ist entsprechend IAS 33.41 korrigiert worden.

Eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie kann sich aus dem bedingten Kapital (vgl. Tz. 25.7) ergeben (insgesamt 439.230 potenzielle Aktien). Nach IAS 33.47 liegt ein Verwässerungseffekt im Berichtsjahr nicht vor. Im Vorjahr lagen 198.688 Aktien als verwässernde potentielle Aktien vor.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

12. BARRESERVE SOWIE FORDERUNGEN UND
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

Die Barreserve sowie die Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen:

<i>in TEUR</i>	31.12.2008	Vorjahr
Barreserve	5	3
Forderungen an Kreditinstitute		
— Täglich fällige	8.600	7.585
— Andere Forderungen (bis drei Monate)	117	117
	8.717	7.702
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
— Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37	1.061

Die anderen Forderungen an Kreditinstituten betreffen mit TEUR 117 (Vorjahr: TEUR 117) Festgelder mit einer Restlaufzeit bis zu drei Monaten.

13. FORDERUNGEN AN KUNDEN

Die ausgewiesenen kurzfristigen Forderungen betreffen im Wesentlichen mit TEUR 67 (Vorjahr: TEUR 109) Forderungen aus der Marktbetreuung verschiedener Unternehmen (Designated Sponsoring) sowie mit TEUR 43 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: TEUR 43). Die Forderungen sind sämtlich täglich fällig.

Sicherheiten werden nicht gehalten.

Für den drohenden Ausfall aufgrund von Bonitätsverschlechterungen bei Forderungen an Kunden werden Einzelwertberichtigungen gebildet, die auf der Aktivseite von den Forderungen an Kunden abgesetzt werden. Der erfolgswirksame Ausweis erfolgt aus Gründen der Wesentlichkeit und Vereinfachung in den Sachaufwendungen.

Die Einzelwertberichtigungen haben sich wie folgt entwickelt:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
Einzelwertberichtigungen zum Jahresanfang	12	0
Zuführungen	18	12
Stand zum Jahresende	30	12

In 2008 wurden Provisionsforderungen aus dem Designated Sponsoring in Höhe von TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 15) direkt ausgebucht.

14. HANDELSAKTIVA

Der Ausweis beinhaltet:

<i>in TEUR</i>	<u>31.12.2008</u>	<u>Vorjahr</u>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.136	48
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	79.972	123.526
Optionen	1.191	2.108
	<u>85.299</u>	<u>125.682</u>

Der Handelsbestand ist mit Ausnahme von nicht börseneingeführten Aktien in Höhe von TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 496) börsennotiert und damit kurzfristig veräußerbar. Im Übrigen sind Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von TEUR 10 nach Ablauf von zwölf Monaten fällig. Sämtliche Handelsbestände sind im Rahmen der Abwicklungsvereinbarungen an das Clearinghouse verpfändet. Zu den Fälligkeiten der Optionen verweisen wir auf Tz. 31.

15. FINANZANLAGEN

Nachfolgende Übersicht gibt die Zusammensetzung der durch den Konzern nicht konsolidierten Unternehmensanteile wieder:

<i>in TEUR</i>			<u>31.12.2008</u>	<u>Vorjahr</u>
	Rechnerischer Nominalwert der Stückaktien	Anteil am Stamm-/Nenn-/Kommanditkapital		
		<i>in %</i>		

Nicht konsolidierte Beteiligungen (Available-for-sale-Bestände)

1. KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Leverkusen	–	5,0	300	300
2. Stille Beteiligung an der KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Leverkusen	–	15,7	1.816	3.138
			<u>2.116</u>	<u>3.438</u>

Gegenstand der am 17. Dezember 1998 gegründeten Gesellschaft KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Leverkusen (KTB), ist der Erwerb, die Verwaltung, Verwertung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen, insbesondere an innovativen und wachstumsorientierten Unternehmen. Gemäß Vertrag vom 27. Juni 2000 in der Fassung vom 20. Dezember 2000 hat sich die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verpflichtet, eine Kommanditeinlage in Höhe von TEUR 341 an die Beteiligungsgesellschaft zu leisten. Zum 31. Dezember 2008 waren hiervon TEUR 300 eingefordert und gezahlt worden.

Die Einlageverpflichtung auf die stille Beteiligung an der KTB wurde in Form einer Sacheinlage erbracht. Nach dem atypisch stillen Gesellschaftsvertrag hat sich Lang & Schwarz verpflichtet, einen unter dem Einbringungswert von insgesamt TEUR 3.295 liegenden Mindererlös aus der Veräußerung bzw. Minderergebnis aus der Liquidation wegen Insolvenz der eingebrachten Beteiligungen am Ende der Laufzeit des Vertrags (31. Dezember 2009) auszugleichen. Zum 31. Dezember 2008 wurde die bestehende Rückstellung für Gesamtausgleichsverpflichtung um TEUR 69 auf TEUR 2.065 erhöht. Auf die stille Beteiligung mussten insbesondere aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Wertberichtigungen in Höhe von TEUR –1.322 (Vorjahr: Zuschreibungen in Höhe von TEUR 612) berücksichtigt werden.

Unter Berücksichtigung der Gesamteinzahlung des Kommanditkapitals und der stillen Einlagen beträgt die Gesamtbeteiligungsquote der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank an der KTB 13,1 %.

16. IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE UND SACHANLAGEN

Die Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte und der Sach- und Finanzanlagen ist in dem folgenden Anlagespiegel dargestellt. Es wurden keine selbsterstellten immateriellen Vermögenswerte aktiviert.

Zum Bilanzstichtag lagen keine Anhaltspunkte für eine eingetretene außerplanmäßige Wertminderung vor.

ENWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

in TEUR

	Historische Anschaffungskosten			
	01.01. 2008	Zugänge	Abgänge	31.12. 2008
I. Immaterielle Vermögenswerte				
1. Software	3.152	338	1.420	2.070
2. Geschäfts- oder Firmenwert	2	0	0	2
	3.154	338	1.420	2.072
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung/ Hardware	6.382	81	2.677	3.786
2. PKW	35	0	1	34
3. Einbauten	182	14	30	166
4. GWG	0	9	2	7
	6.599	104	2.710	3.993
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen	3.595	0	0	3.595
	13.348	442	4.130	9.660

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 — nach IFRS

	Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte	
	01.01. 2008	Zugänge	Abgänge	Zu- schrei- bung	31.12. 2008	31.12. 2007
	2.359	85	1.419	0	1.025	793
	2	0	0	0	2	0
	2.361	85	1.419	0	1.027	793
	6.091	137	2.679	0	3.549	237
	35	0	1	0	34	0
	79	12	28	0	63	103
	0	4	2	0	2	5
	6.205	153	2.710	0	3.648	345
	157	1.322	0	0	1.479	2.116
	8.723	1.560	4.129	0	6.154	4.625

17. ERTRAGSTEUERANSPRÜCHE

Die ausgewiesenen Ertragsteueransprüche betreffen täglich fällige Steuerforderungen. Diese beinhalten im Wesentlichen KEST-Anrechnungsguthaben in Höhe von TEUR 3.070 (Vorjahr: TEUR 6.191). Darüber hinaus werden Körperschaftsteuerminderungsguthaben in Höhe von TEUR 207 (Vorjahr: TEUR 199) ausgewiesen. Die Körperschaftsteuerminderungsguthaben werden mit 4 % abgezinst. Die Realisierung der Körperschaftsteuerminderungsguthaben erfolgt durch Zahlungen des Finanzamts in zehn gleichen Jahresraten ab dem Geschäftsjahr 2008.

18. LATENTE STEUERANSPRÜCHE

Der Ausweis setzt sich wie folgt zusammen:

<i>in TEUR</i>	31.12.2008	Vorjahr
Aktive latente Steueransprüche für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	527	1.276
Saldierung mit passiven latenten Steuerverpflichtungen	0	-699
Gesamt	527	577

19. SONSTIGE AKTIVA

Der Ausweis setzt sich wie folgt zusammen:

<i>in TEUR</i>	<u>31.12.2008</u>	<u>Vorjahr</u>
Forderungen an Mitarbeiter	18	26
Steuer Guthaben	4	3
Abgrenzungen	42	57
Übrige	8	0
	<u>72</u>	<u>86</u>

Forderungen an Mitarbeiter sind in Höhe von TEUR 18 innerhalb von einem Jahr fällig (Vorjahr: TEUR 17). Die weiteren sonstigen Aktiva sind täglich fällig. Die Forderungen an Mitarbeiter werden der Kategorie Forderungen und Kredite zugerechnet. Die Effektivzinsmethode wurde aus Gründen der Wesentlichkeit nicht angewandt.

20. HANDELSPASSIVA

Der Ausweis beinhaltet:

<i>in TEUR</i>	<u>31.12.2008</u>	<u>Vorjahr</u>
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	52.349	76.967
Optionen	19.309	28.175
Selbst begebene Optionsscheine und Zertifikate	9.197	15.897
	<u>80.855</u>	<u>121.039</u>

Die offenen Handelspositionen sind börsennotiert und können mit Ausnahme der selbst begebenen Optionsscheine und Zertifikate kurzfristig eingedeckt werden. Zu den Fälligkeiten der Optionen verweisen wir auf Tz. 31. Im Übrigen verweisen wir auf die Restlaufzeitengliederung in Tz. 33.

21. ERTRAGSTEUERVERPFLICHTUNGEN

Die Ertragsteuerverpflichtungen wurden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet und setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR

	31.12.2008	Vorjahr
Körperschaftsteuer inkl. SolZ		
—Veranlagungszeitraum 2003	1	0
—Veranlagungszeitraum 2007	136	0
—Veranlagungszeitraum 2008	203	0
—Körperschaftsteuererhöhungsbetrag nach § 38 Abs. 5 KStG	7	8
Gewerbesteuer		
—Veranlagungszeitraum 2003	1	0
—Veranlagungszeitraum 2006	0	386
—Veranlagungszeitraum 2007	2	0
—Veranlagungszeitraum 2008	200	0
	550	394

Der Körperschaftsteuererhöhungsbetrag wird mit 4 % p.a. abgezinst. Die Zahlung erfolgt in zehn gleichen Jahresraten ab dem Geschäftsjahr 2008.

22. LATENTE STEUERVERPFLICHTUNGEN

Passive latente Steuerverpflichtungen für temporäre Differenzen des Vorjahres in Höhe von TEUR 699, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Bilanzposten Sonstige Rückstellungen gebildet wurden und vollständig mit den aktiven latenten Steueransprüchen saldiert wurden, konnten im Berichtsjahr aufgelöst werden.

23. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie entwickelten sich wie folgt:

in TEUR

	Stand 1.1.2008	Ver- brauch/ Umglie- derung	Auf- lösung	Zufüh- rung	Stand 31.12. 2008
Gesamtausgleichs- verpflichtung (KTB)	1.996	0	0	69	2.065
Umlagen (EdW und BaFin)	3.579	9	3.570	33	33
Prozesskosten	107	107	0	200	200
Übrige	2	2	0	2	2
	5.684	118	3.570	304	2.300

Die Rückstellungen betreffen im Wesentlichen die Gesamtausgleichsverpflichtung KTB. Bezogen auf den Rückstellungswert ergibt sich ein Barwerteffekt aufgrund des Zeitablaufs von TEUR 69. Die weiteren Rückstellungen sind innerhalb der nächsten 12 Monate zur Zahlung fällig.

Mit Bescheid vom 20. März 2009 hat die EdW den am 18. Dezember 2007 erlassenen Sonderbeitragsbescheid aufgehoben. Aus diesem Grund wurde die für diesen Sonderbeitragsbescheid und mit dem Entschädigungsfall „Phoenix“ zusammenhängenden Risiken gebildete Rückstellung in Höhe von TEUR 3.570 zum 31. Dezember 2008 aufgelöst. Künftige Inanspruchnahmen im Zusammenhang mit der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen können nicht ausgeschlossen werden.

24. SONSTIGE PASSIVA

<i>in TEUR</i>	31.12.2008	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	908	1.734
Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienstleistungseinkäufen	1.297	1.201
Steuerverbindlichkeiten	73	64
Verbindlichkeiten Kosten der Rechtsform	352	363
Rechnungsabgrenzung	118	170
Übrige	117	478
	2.865	4.010

Die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern betreffen im Wesentlichen Bonifikationen. Die sonstigen Passiva sind innerhalb von zwölf Monaten zur Zahlung fällig.

25. EIGENKAPITAL

Die Entwicklung der einzelnen Bilanzpositionen des Eigenkapitals ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

— 25.1 Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital am Bilanzstichtag beträgt unverändert zum Vorjahr EUR 9.438.000 und ist eingeteilt in 3.146.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Der rechnerische Nennwert je Aktie beträgt damit EUR 3. Die Anteile sind vollständig eingezahlt.

Die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Aktien hat sich wie folgt entwickelt:

	Stückzahl
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 1. Januar 2008	3.127.314
Zuzüglich eigene Anteile im Bestand am 1. Januar 2008	18.686
Anzahl der ausgegebenen Aktien am 1. Januar 2008	3.146.000
Abzüglich eigene Anteile im Bestand am 31. Dezember 2008	21.297
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2008	3.124.703

— 25.2 Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio) enthalten, der bei der Ausgabe eigener Aktien erzielt wird. Darüber hinaus werden Eigenkapitalveränderungen in Zusammenhang mit Transaktionen oder Bewertungen eigener Anteile ausgewiesen.

— 25.3 Gewinnrücklagen

Die ausgewiesenen Gewinnrücklagen von TEUR 1.031 betreffen eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln vom 29. August 2000 der im Geschäftsjahr 2004 auf die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verschmolzenen Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Financial Services GmbH, die nach der Erstkonsolidierung dieser Konzerngesellschaft gebildet worden sind. Diese Eigenmittel sind im Konzernabschluss weiterhin als andere Gewinnrücklagen auszuweisen, stehen jedoch nicht für Ausschüttungen zur Verfügung.

— 25.4 Bilanzverlust

Zum 31. Dezember 2008 wird ein Konzernüberschuss von TEUR 1.885 (Vorjahr: Konzernfehlbetrag von TEUR 454) ausgewiesen. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von TEUR –6.414 ergibt sich ein Konzern-Bilanzverlust von TEUR –4.530.

— 25.5 Eigene Anteile

Der Buchwert der eigenen Anteile beträgt TEUR 40 (Vorjahr: TEUR 110). Diese wurden innerhalb des Eigenkapitals offen in einer Summe verrechnet. Der Ausweis betrifft insgesamt 21.297 Stückaktien (Vorjahr: 18.686 Stückaktien) mit einem rechnerischen Nominalwert von TEUR 64 (Vorjahr: TEUR 56).

— 25.6 Genehmigtes Kapital

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2006 wurde der Vorstand ermächtigt,

— das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Juni 2011 durch Ausgabe von bis zu 400.000 Stück neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlage einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens EUR 1.200.000,00, zu erhöhen (genehmigtes Kapital I).

— das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Juni 2011 durch Ausgabe von bis zu 1.170.000 Stück neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Sach- und/oder Bareinlage einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens EUR 3.510.000,00, zu erhöhen (genehmigtes Kapital II).

Das genehmigte Kapital I und das genehmigte Kapital II wurden mit Beschluss der Hauptversammlung der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG vom 30. August 2006 aufgehoben und neu geschaffen. Das neu geschaffene genehmigte Kapital I beträgt EUR 1.200.000,00 (vormals: EUR 1.200.000,00). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 27. Juni 2011 (vormals: bis zum 16. August 2006) zu erhöhen. Das neu geschaffene genehmigte Kapital II beträgt EUR 3.510.000,00 (vormals: EUR 3.510.000,00). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 27. Juni 2011 (vormals: bis zum 16. August 2006) zu erhöhen.

— 25.7 Bedingtes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft ist zudem um bis zu EUR 1.800.000,00, eingeteilt in bis zu 600.000 Namensaktien als Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Umtauschrechten der Inhaber von Optionsanleihen (bei Ausgabe an Anleihehaberrechte geknüpfte Bezugsrechte) und/oder Optionsaktien (bei Ausgabe an Inhaberrechte von jungen Aktien geknüpfter Bezugsrechte), zu deren Ausgabe der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Oktober 1998 in Verbindung mit der Änderung dieses Beschlusses durch die Hauptversammlung vom 25. Juli 2000 sowie durch Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Juli 2000 ermächtigt wurde. Sie ist nur insoweit durchgeführt, als von diesem Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird.

Am 9. September 1999 hat der Vorstand der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Ausgabe von 400.000 Stückaktien, denen je ein Inhaberoptionschein beigefügt war, beschlossen. Insgesamt wurden damit 400.000 Stück Inhaberoptionscheine ausgegeben. Der Inhaber der Optionsscheine ist berechtigt, nach Maßgabe der Optionsscheinbedingungen vom 9. September 1999, geändert aufgrund des Vorstandsbeschlusses vom 28. August 2002 auf Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 13. August 2002, Stückaktien der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG zu beziehen. Zehn Optionsscheine berechtigen zum Bezug von elf auf den Namen lautenden Stückaktien zum Optionspreis von EUR 5,00 je Stückaktie.

Für Optionsrechte, die ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Börsennotierung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG ausgeübt werden, ermäßigt sich der Optionspreis auf den Börsen-Emissionspreis der Stückaktie der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, sofern dieser unter EUR 5,00 liegt. Das Optionsrecht kann vom 1. Januar 2000 bis einschließlich 30. November 2009 mit Ausnahme der nachstehend genannten Zeiträume jederzeit ausgeübt werden. Wird das Optionsrecht innerhalb dieser Frist nicht ausgeübt, erlischt es. Das Optionsrecht kann nicht ausgeübt werden jeweils in einem Zeitraum von einem Monat vor dem Ende des Geschäftsjahres der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, einem Zeitraum von sechs Wochen vor dem Tag der Hauptversammlung sowie dem Zeitraum zwischen dem Tag, an dem die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG ein Angebot an die Aktionäre zum Bezug von neuen Aktien und/oder neuen Anleihen mit Wandel- oder Optionsrechten auf Aktien veröffentlicht und dem letzten Tag der Bezugsfrist. Stückaktien, die aufgrund des Optionsrechts ausgegeben werden, sind erstmals für das Geschäftsjahr dividendenberechtigt, welches auf das Geschäftsjahr folgt, in dem die Optionserklärung wirksam wird.

Wenn die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bis zum 30. November 2009 einschließlich unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts an ihre Aktionäre ihr Grundkapital erhöht oder andere nachstehend aufgeführte Kapitalmaßnahmen durchführt, wird gemäß Optionsscheinbedingungen Verwässerungsschutz gewährt.

Das bedingte Kapital wurde mit Beschluss der Hauptversammlung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG vom 30. August 2006 von EUR 4.290.000,00 auf EUR 1.800.000,00 reduziert.

— 25.8 Kapitalmanagement

Zur Umsetzung der vom Vorstand vorgegebenen Geschäftsstrategie ist die Ausstattung der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG mit adäquatem Eigenkapital notwendig. Ziel des Kapitalmanagements als Teil der Gesamtbanksteuerung ist die Sicherstellung dieser Größe. Im Rahmen der Risikostrategie hat der Vorstand daher eine Risiko-deckungsmasse definiert. Diese setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Eigenkapital nach IFRS (Konzern) zuzüglich des erwarteten Ergebnisses des laufenden Geschäftsjahres.

Darüber hinaus ist die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen Bestandteil des Kapitalmanagements. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG werden nach den Vorschriften des KWG ermittelt. Maßgeblich sind hierbei die Solvabilitätsanforderungen, die eine Eigenmittelausstattung im Verhältnis zum Geschäftsumfang vorschreiben. Die Anforderungen des KWG dienen letztlich der Sicherung von Gläubigeransprüchen gegen die Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Die Ermittlung der Eigenmittel erfolgt auf Basis des Einzelabschlusses sowie nach der nationalen Rechnungslegung und besteht ausschließlich aus dem Kernkapital. Die Eigenmittel setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR

	31.12.2008	Vorjahr
Gezeichnetes Kapital	9.438	9.438
Kapitalrücklagen	9.034	9.034
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	4.000	0
Bilanzverlust (festgestellter Jahresabschluss nach HGB zum 31. Dezember 2007 (Vorjahr: 31. Dezember 2006))	- 12.217	- 12.306
Kernkapital/Haftendes Eigenkapital/ Eigenmittel insgesamt	10.255	6.166

Zum 31. Dezember 2007 wurden letztmals die Eigenmittelanforderungen nach dem Grundsatz I ermittelt. Beginnend mit dem 1. Januar 2008 erfolgte die Berechnung der Einhaltung der Solvabilität nach den Vorschriften der neuen Solvabilitätsverordnung (SolvV), deren Mindestanforderung darin besteht, dass die Eigenmittel der Gesellschaft jeweils die ermittelten Risikopositionen (Eigenmittelanforderungen) nach SolvV zu decken haben. Eine ausreichende Deckung wird in einer Gesamtkennziffer von mindestens 8 % ausgedrückt. Zum 31. Dezember 2008 betrug die Gesamtkennziffer der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nach SolvV 16,78 %.

Die bankenaufsichtsrechtlichen Eigenmittelgrundsätze (Eigenmittelquote) wurden im Berichtsjahr mit Ausnahme von 63 Tagen eingehalten. Die Unterschreitungen der Kennziffern erfolgten aufgrund der im Dezember 2007 notwendig vorzunehmenden Änderung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 nach HGB aufgrund eines Sonderbeitragsbescheides der EdW. Durch die Änderung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 minderten sich die Eigenmittel der Gesellschaft bis zur Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 um TEUR 5.404. Nach Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 am 30. April 2008 wurde die Kennziffer nicht mehr unterschritten.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

26. ERLÄUTERUNGEN ZUR SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

In der nachfolgenden Segmentberichterstattung wird der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 nach den Geschäftsfeldern TradeCenter Aktien, TradeCenter Eigene Produkte und Sales Trading gegliedert. Ausführungen zu den einzelnen Segmenten sind auch dem Konzernlagebericht zu entnehmen. Darüber hinaus werden Ertrags- und Aufwandsbestandteile, die keinen direkten Bezug zu den drei Hauptgeschäftsfeldern aufweisen, unter den Spalten Sonstiges und Konsolidierung erfasst. Außerdem sind hierin die Überleitungen auf das Konzernergebnis enthalten. Die Aufgliederung in diese Segmente entspricht interner Berichts-, Steuerungs- und Planungssystematik des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG (primäres Berichtsformat). Der Konzern der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG hat im Geschäftsjahr 2008 nahezu ausschließlich Geschäfte in Deutschland ausgeführt. Geschäfte, die im Ausland ausgeführt wurden, sind hinsichtlich ihrer Anzahl sowie ihres Umfangs von untergeordneter Bedeutung. Auf eine Darstellung nach geografischen Regionen kann daher verzichtet werden (sekundäres Berichtsformat).

— 26.1 Segment TradeCenter Aktien

Das Segment TradeCenter Aktien umfasst die Handelstätigkeit (Market Making) in Aktien über die elektronischen Handelsplattformen TradeLink und Quotrix sowie First Choice Markt, bei der die Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG aufgrund von Privatkundenanfragen der Partnerbanken An- und Verkaufsgeschäfte in ausgewählten nationalen und internationalen Werten tätigt. Grundlage der Geschäfte bilden unter anderem Regularien der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Der Handel wird grundsätzlich montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 23:00 Uhr, samstags von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr sowie sonntags von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr angeboten.

— 26.2 Segment TradeCenter Eigene Produkte

Der Geschäftsbereich TradeCenter Eigene Produkte beinhaltet die Emission eigener Produkte (Optionsscheine und Zertifikate), insbesondere auf nationale und internationale Aktien, Indizes, Währungsrelationen, Rohwaren sowie Zinsentwicklungen bzw. Themenzertifikate. Darüber hinaus wird das Market Making in den eigenen Emissionspapieren betrieben.

— 26.3 Sales Trading

Der Geschäftsbereich Sales Trading umfasst die Akquisition und Abwicklung von institutionellen Kundenorders an Präsenzbörsen sowie in XETRA als auch die Kursstellung für das Blocktrading. Weiterhin werden Beratungsleistungen rund um das going & being public erbracht.

Darüber hinaus wird die Betreuung von Designated Sponsor-Mandaten betrieben. Das Liquidity-Providing für die betreuten Werte erfolgte bis Ende Oktober 2007 im Segment TradeCenter Aktien. Die Provisionserträge wurden bis zu diesem Zeitpunkt auf die Segmente TradeCenter Aktien und Sales Trading hälftig aufgeteilt. Mit Übernahme der Tätigkeiten des Liquidity-Providing werden die Erträge vollständig dem Bereich Sales Trading zugerechnet.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

— 26.4 Segmentergebnisse

Die Aufteilung der Unternehmensbereiche stellt sich für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 wie folgt dar:

<i>in TEUR</i>						
SEGMENT- ERGEBNISSE 2008	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Tra- ding	Sons- tiges	Kon- soldie- rung/ Über- leitung	Summe
Zinsergebnis	-7	-783	-5	3	0	-792
Provisionsergebnis	-11	-404	1.290	-1	0	874
Handelsergebnis (einschließlich Dividenden)	4.056	7.504	-1.371	-888	73	9.374
Sonstige betriebliche Erträge	2.198	1.974	1.976	1.221	-3.444	3.925
Rohrertrag	6.236	8.291	1.890	335	-3.371	13.381
Personalaufwand	-1.304	-1.496	-963	-546	0	-4.309
Sachaufwand	-1.779	-2.426	-1.365	-640	1.214	-4.996
Planm. Abschrei- bungen auf immate- rielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-8	-8	-8	-214	0	-238
Verwaltungsaufwand	-3.091	-3.930	-2.336	-1.400	1.214	-9.543

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

<i>in TEUR</i>						
	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Tra- ding	Sons- tiges	Kon- soldie- rung/ Über- leitung	Summe
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	-1.391	0	-1.391
Operatives Ergebnis vor Ertragsteuern	3.145	4.361	-446	-2.456	-2.157	2.447
Wesentliche nicht zahlungswirksame Aufwendungen ¹⁾	2.349	-8.193	-484	-156	73	-6.411

1) Wesentliche nicht zahlungswirksame Aufwendungen betreffen das Bewertungsergebnis auf den aktivischen und passivischen Handelsbestand.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

in TEUR

SEGMENT- ERGEBNISSE 2007	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Tra- ding	Sons- tiges	Kon- soldie- rung/ Über- leitung	Summe
Zinsergebnis	6	-1.068	0	3	0	-1.059
Provisionsergebnis	1.860	-186	4.019	0	0	5.693
Handelsergebnis (einschließlich Dividenden)	1.290	8.025	1.728	-436	89	10.696
Sonstige betriebliche Erträge	74	328	92	1.109	-932	671
Roherttrag	3.230	7.099	5.839	676	-843	16.001
Personalaufwand	-1.172	-1.892	-2.931	-596	0	-6.591
Sachaufwand	-1.452	-2.631	-1.318	-225	-2.276	-7.902
Planm. Abschrei- bungen auf immate- rielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-12	-12	-12	-130	0	-166
Verwaltungsaufwand	-2.636	-4.535	-4.261	-951	-2.276	-14.659

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

in TEUR

	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Tra- ding	Sons- tiges	Kon- soldie- rung/ Über- leitung	Summe
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	-227	-12	-239
Operatives Ergebnis vor Ertragsteuern	594	2.564	1.578	-502	-3.131	1.103
Wesentliche nicht zahlungswirksame Aufwendungen ¹⁾	-1.786	-4.516	-494	-365	-89	-7.250

1) Wesentliche nicht zahlungswirksame Aufwendungen betreffen das Bewertungsergebnis auf den aktivischen und passivischen Handelsbestand sowie die Bildung einer Rückstellung für den Sonderbeitrag „Phoenix“ beim EdW.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

— 26.5 Segmentvermögen

Die Segmentvermögenswerte und -verpflichtungen verteilen sich auf die einzelnen Segmente zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 wie folgt:

<i>in TEUR</i>						
SEGMENT- VERMÖGEN 31. DEZEMBER 2008	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Tra- ding	Sons- tiges	Kon- soldie- rung/ Über- leitung	Summe
Segmentvermögens- werte	53.203	39.553	696	4.421	3.643	101.516
Segment- verpflichtungen	52.624	28.940	144	4.872	27	86.607

<i>in TEUR</i>						
SEGMENT- VERMÖGEN 31. DEZEMBER 2007	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Tra- ding	Sons- tiges	Kon- soldie- rung/ Über- leitung	Summe
Segmentvermögens- werte	72.461	56.846	3.173	6.541	6.196	145.217
Segment- verpflichtungen	650	125.830	767	4.547	394	132.188

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

Die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen solche in EDV-Hard- und Software, die zur Durchführung der Handelsgeschäfte getätigt wurden und die von allen Segmenten gemeinsam genutzt werden. Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, die über mehr als ein Jahr genutzt werden, wurden durch die nachfolgenden Segmente getätigt:

<i>in TEUR</i>					
INVESTITIONEN IN 2008	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Trading	Sons- tiges	Summe
Sachanlagen	5	9	0	90	104
Immaterielle Vermögenswerte	85	73	146	34	338

<i>in TEUR</i>					
INVESTITIONEN IN 2007	Trade- Center Aktien	Trade- Center Eigene Prod.	Sales Trading	Sons- tiges	Summe
Sachanlagen	13	27	12	412	464
Immaterielle Vermögenswerte	66	18	32	67	183

ERLÄUTERUNGEN ZU FINANZINSTRUMENTEN

27. KATEGORISIERUNG

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Buchwerte (ohne Berücksichtigung von Wertberichtigungen) der Bilanzposten in den nach IAS 39 vorgegebenen Bewertungskategorien:

<i>in TEUR</i>	31.12.2008	Vorjahr
Aktivposten		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (zu Handelszwecken gehalten)		
— Handelsaktiva	85.299	125.682
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
— Finanzanlagen	2.116	3.438
Kredite und Forderungen		
— Forderungen an Kreditinstitute	8.717	7.702
— Forderungen an Kunden	112	152
— Forderungen an Mitarbeiter (Sonstige Aktiva)	18	26

<i>in TEUR</i>	31.12.2008	Vorjahr
Passivposten		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten)		
— Handelspassiva	80.855	121.039
Finanzielle Verpflichtungen die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden		
— Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37	1.061
— Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern (Sonstige Passiva)	908	1.734
— Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Sonstige Passiva)	1.297	1.201

28. ERGEBNISSE NACH KATEGORIEN

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Nettogewinne oder -verluste, untergliedert in die nach IAS 39 vorgegebenen Bewertungskategorien:

in TEUR

	2008	Vorjahr
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten) (vgl. Tz. 6)	9.374	10.696
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (vgl. Tz. 7)	- 1.322	612
Kredite und Forderungen (vgl. Tz. 13)	- 18	- 27
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	0	0

Im Ergebnis der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte oder finanziellen Verpflichtungen sind Kursgewinne und Kursverluste aus der Handelstätigkeit, Transaktionskosten, Stückzinserträge sowie Dividendenerträge und -aufwendungen enthalten.

Ergebnisse aus der Bewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die direkt im Eigenkapital hätten verrechnet werden müssen (Neubewertungsrücklage), sind in der Berichtsperiode nicht angefallen.

29. BEIZULEGENDER ZEITWERT VON FINANZIELLEN
VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN

Hinsichtlich der Ausführungen zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes wird auf Tz. 3.5 verwiesen.

In der nachfolgenden Übersicht wird der beizulegende Zeitwert und der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen nach Kategorien und Klassen unterteilt angegeben:

<i>in TEUR</i>				
	Buchwert	Fair value	Buchwert	Fair value
	31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
	2008	2008	2007	2007
Aktiva				
Barreserve	5	5	3	3
Kredite und Forderungen				
— Forderungen an Kreditinstitute	8.717	8.717	7.702	7.702
— Forderungen an Kunden	112	112	152	152
— Forderungen an Mitarbeiter (Teil der sonstigen Aktiva, Tz. 19)	18	18	26	26
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
— Handelsaktiva	85.299	85.299	125.682	125.682
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
— Finanzanlagen	2.116	2.116	3.438	3.438

<i>in TEUR</i>				
	Buchwert	Fair value	Buchwert	Fair value
	31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
	2008	2008	2007	2007
Passiva				
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden				
— Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37	37	1.061	1.061
— Verbindlichkeiten ggü. Mitarbeitern (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	908	908	1.734	1.734
— Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienstleistungseinkäufen (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.297	1.297	1.201	1.201
Gesamtausgleichsverpflichtung KTB (Teil der sonstigen Rückstellungen, Tz. 23)	2.065	2.065	1.996	1.996
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten)				
— Handelspassiva	80.855	80.855	121.039	121.039

30. RISIKOBERICHT

Eine ausführliche Berichterstattung zu den Risiken aus der Geschäftstätigkeit des Konzerns Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, die sich insbesondere in Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken (einschließlich Zinsrisiken), Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken untergliedern lassen, sowie deren Messung, Überwachung und Steuerung im Rahmen des Risikomanagements, ist Bestandteil des Konzernlageberichts, auf den wir an dieser Stelle verweisen.

31. KREDITAUSFALLRISIKO

Die nachfolgende Übersicht gibt Auskunft über das maximale Kreditausfallrisiko betreffend offene Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden. Sicherheiten werden durch die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nicht gehalten.

<i>in TEUR</i>	31.12.2008	Vorjahr
Forderungen an Kreditinstitute	8.717	7.702
Forderungen an Kunden (vor Wertberichtigungen TEUR 30, Vorjahr: TEUR 12)	142	164
Forderungen an eigene Mitarbeiter	18	26
Summe maximales Ausfallrisiko	8.877	7.892

Forderungen an Kreditinstitute betreffen mit TEUR 7.078 (Vorjahr: TEUR 5.302) kurzfristige Forderungen an HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, die über ein aktuelles AA Rating der Ratingagentur Fitch verfügt.

Die Forderungen an Kreditinstitute betreffen mit Ausnahme von TEUR 72 (Vorjahr: TEUR 69) ausschließlich solche an inländische Institute. Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 112 (Vorjahr: TEUR 152) betreffen mit TEUR 83 (Vorjahr: TEUR 76) inländische sowie in Höhe von TEUR 29 (Vorjahr: TEUR 76) ausländische Kunden und wurden bis zum Erstellungszeitpunkt mit Ausnahme von TEUR 30 beglichen.

Bei den Forderungen an eigene Mitarbeiter (TEUR 18; Vorjahr: TEUR 26) sind keine Ausfälle erkennbar.

Anhand der folgenden Aufstellung kann das maximale Kreditausfallrisiko betreffend derivative Finanzinstrumente entnommen werden. Der gesamte Bestand wird zu Handelszwecken gehalten und zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der den Wiedereindeckungsaufwand darstellt, der beim Ausfall des Kontrahenten aufzuwenden wäre.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

in TEUR

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE	Stück	Nominal- wert ¹⁾	beizu- legender Zeitwert ²⁾	beizule- gender Zeitwert ²⁾
			31.12 2008	Vorjahr
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte Börsengehandelte Produkte (Eurex)				
Aktien-/Index-Optionen				
— Käufe (long-Bestände)				
— Call Optionen				
Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	12.409	94.317	116	1.991
— Call Optionen				
Restlaufzeit 1 – 5 Jahre	1.565	3.531	38	56
— Put Optionen				
Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	1.285	12.803	1.038	57
— Put Optionen				
Restlaufzeit 1 – 5 Jahre	0	0	0	4
		110.651	1.192	2.108
— Verkäufe (short-Bestände)				
— Call Optionen				
Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	-10.748	-77.967	-4.423	-19.617
— Call Optionen				
Restlaufzeit 1 – 5 Jahre	-300	-430	-30	-3.622
— Put Optionen				
Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	-4.338	-67.754	-12.381	-4.725
— Put Optionen				
Restlaufzeit 1 – 5 Jahre	-410	-11.700	-2.475	-211
		-157.851	-19.309	-28.175

S. 152

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

in TEUR

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE	Stück	Nominal- wert ¹⁾	beizu- legender Zeitwert ²⁾	beizu- legender Zeitwert ²⁾
			31.12 2008	Vorjahr
Aktien-/Index-Futures				
— Käufe (long-Bestände)	0	0	0	1.425
— Verkäufe (short-Bestände)	0	0	0	0
OTC Produkte				
Aktien-/Aktienindex-Optionen				
— Put Optionen				
Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	-56	0	-6.768	0
Währungsbezogene Geschäfte Börsengehandelte Produkte (Eurex)				
Währungs-Futures				
— Käufe (long-Bestände)	26	0	4.568	0
— Verkäufe (short-Bestände)	0	0	0	-1.657
Zinsbezogene Geschäfte Börsengehandelte Produkte (Eurex)				
Zins-Futures				
— Verkäufe (short-Bestände)	-1	0	-125	-79.177
Rohwarenbezogene Geschäfte Börsengehandelte Produkte (IPE)				
Oil-Futures				
— Verkäufe (short-Bestände)	0	0	0	-282

1) Kontraktgröße multipliziert mit dem Basispreis

2) Beizulegender Wert ermittelt aus Kontraktgröße multipliziert mit dem Börsenpreis
(ggfs. umgerechnet in EUR)

S. 153

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

Neben den in der vorstehenden Tabelle aufgeführten maximalen Kreditausfallrisiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeiten indes aufgrund der Stellung der EUREX als Marginbörse als gering eingestuft werden, bestehen Kreditausfallrisiken aus den im Bestand geführten Handelsaktiva (Optionsscheine, Zertifikate, Investmentanteile und Schuldverschreibungen) in Höhe von TEUR 43.105 (Vorjahr: TEUR 56.084).

Aufgrund der Art der Geschäfte der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG wurde mit Ausnahme der OECD-Länderratings auf den Einsatz von internen oder externen Bonitätsbewertungssystemen zur Ermittlung von Kreditqualitäten von finanziellen Vermögenswerten verzichtet. Dies insbesondere aufgrund der Tatsache, dass sich eine Bonitätsverschlechterung unmittelbar im Marktpreis der Handelsbestände widerspiegelt, der Grundlage der jeweiligen Bewertungen dieser ist.

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

Die nachfolgende Übersicht gliedert die Handelsbestände, die der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte zugerechnet werden, nach der Art der Finanzprodukte und der Herkunft der Emittenten:

in TEUR

	31.12.2008	Vorjahr
Inländische Emittenten		
Aktien, Optionsscheine und Zertifikate	54.548	85.951
Investmentanteile	4.020	4.306
Optionen	1.192	2.108
Anleihen	4.136	48
	63.896	92.413
Ausländische Emittenten		
Aktien und Optionsscheine	13.932	24.422
Investmentanteile	7.471	8.847
	21.403	33.269
Gesamtsumme	85.299	125.682

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

Die Handelsbestände ausländischer Emittenten weisen bezogen auf das Emittentenland nachfolgende OECD Länderklassifizierungen auf einer Skala von 0 (hohe bis höchste Qualität) bis 7 (niedrigste Qualität) auf:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
OECD Kategorie 0	20.841	32.237
OECD Kategorie 1	130	161
OECD Kategorie 2	111	526
OECD Kategorie 3	193	343
OECD Kategorie 5	92	2
ohne OECD Kategorie	36	0
	21.403	33.269

Optionen betreffen mit TEUR 1.192 (Vorjahr: TEUR 2.108) solche, die an Terminbörsen mit Margenverpflichtungen erworben wurden.

Bei der Finanzanlage (Buchwert: TEUR 2.116; Vorjahr: TEUR 3.438) handelt es sich um eine Venture-Capital-Gesellschaft, die sich bislang ausschließlich an inländischen Gesellschaften beteiligt hat. Die Bonität der Finanzanlage überprüfen wir anhand regelmäßiger Unterlagen der Gesellschaft als auch anhand von Unterlagen über das Beteiligungsportfolio der Gesellschaft.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

Risikokonzentrationen können grundsätzlich durch eine Häufung von Ausfallrisiken gegenüber einzelnen Kontrahenten auftreten. Diese werden insbesondere durch die Beachtung aufsichtsrechtlicher Vorgaben der Groß- und Millionenkreditverordnung vermieden. Im Sinne dieser Vorschrift ist die KTB eine Risikokonzentration, da die Bemessungsgrundlage für das Ausfallrisiko TEUR 3.635 (Vorjahr: TEUR 3.635) und damit mehr als 25% der Eigenmittel der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG beträgt. Der Buchwert der Beteiligung zum 31. Dezember 2008 beträgt TEUR 2.116 (Vorjahr: TEUR 3.438). Die KTB als Beteiligungsunternehmen hält eine Vielzahl an Beteiligungen kleiner bis mittelständiger Unternehmen, wodurch sich eine Risikodiversifizierung ergibt.

32. ÜBERFÄLLIGE ODER WERTGEMINDERTE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Für den drohenden Ausfall aufgrund von Bonitätsverschlechterungen bei Forderungen an Kunden werden Einzelwertberichtigungen gebildet, die auf der Aktivseite von den Forderungen an Kunden abgesetzt werden. Zum 31. Dezember 2008 bestehen überfällige Vermögenswerte in Höhe von TEUR 30 (Vorjahr: TEUR 12). Diese wurden vollständig wertberichtigt.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte erfolgen aufgrund erkennbarer Bonitätsverschlechterungen. Solche werden insbesondere angenommen, wenn eine Forderung überfällig sowie trotz eingeleiteter Mahnverfahren nicht eingetrieben werden konnte, Kenntnis über ein beantragtes Insolvenzverfahren vorliegt oder vergleichbare Verfahren bekannt werden. In der Regel erfolgt die Bildung einer Wertberichtigung sodann in Höhe der bilanzierten Forderung. Die im Berichtszeitraum vorgenommenen Wertberichtigungen (vgl. Tz. 13) erfolgten aufgrund eröffneter Insolvenzverfahren der Schuldner.

Überfällige, aber nicht wertgeminderte Vermögenswerte bestanden nicht.

Sicherheiten werden nicht gehalten.

33. LIQUIDITÄTSRISIKEN

Liquiditätsrisiken, die unter die Verfügbarkeit liquider Mittel zu subsumieren sind, sind aufgrund der vorliegenden Finanzausstattung grundsätzlich eher von untergeordneter Bedeutung. Dennoch überwachen wir die Liquiditätslage in angemessener Weise täglich und berücksichtigen zudem Liquiditätsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse durch die Berechnung eines Zinsschocks.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

Die nach Restlaufzeiten gegliederten finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag stellen sich wie folgt dar:

<i>in TEUR</i>						
31. DEZEMBER 2008	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ohne Ablauf	Summe
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden						
— Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37	0	0	0	0	37
— Verbindlichkeiten ggü. Mitarbeitern (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	908	0	0	0	0	908
— Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienstleistungseinkäufen (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.297	0	0	0	0	1.297

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

<i>in TEUR</i>						
31. DEZEMBER 2008	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ohne Ablauf	Summe
Gesamtausgleichsverpflichtung KTB (Teil der sonstigen Rückstellungen, Tz. 23)	0	0	2.065	0	0	2.065
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten)						
— Handelspassiva	80.855	0	0	0	0	80.855

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

in TEUR

31. DEZEMBER 2007	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ohne Ablauf	Summe
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden						
—Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.061	0	0	0	0	1.061
—Verbindlichkeiten ggü. Mitarbeitern (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.734	0	0	0	0	1.734
—Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienstleistungseinkäufen (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.201	0	0	0	0	1.201

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

in TEUR

31. DEZEMBER 2007	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ohne Ablauf	Summe
Gesamtausgleichsverpflichtung KTB (Teil der sonstigen Rückstellungen, Tz. 23)	0	0	1.996	0	0	1.996
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten)						
—Handelspassiva	121.039	0	0	0	0	121.039

34. MARKTPREISRISIKO

Marktpreisrisiken unterliegt die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG im Wesentlichen aus ihrer Handelstätigkeit sowie durch kurzfristiges Halten von Finanzinstrumenten.

Nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Währungsbeträge (umgerechnet in TEUR) bzw. die Marktpreisrisiken der Handelsbestände:

<i>in TEUR</i>						
WÄHRUNG	USD- Posi- tionen	EUR- Posi- tionen	Buch- Wert 31.12. 2008	USD- Posi- tionen	EUR- Posi- tionen	Buch- Wert Vor- jahr
Ford. an						
Kreditinstitute	2.607	6.110	8.717	20	7.682	7.702
Handelsaktiva						
—Währungsderivate- risiko ¹⁾	4.568	0	4.568	0	0	0
Verb. ggü.						
Kreditinstituten	0	37	37	0	1.061	1.061
Handelsaktiva						
—Währungsderivate- risiko ¹⁾	0	0	0	-1.657	0	-1.657
—Rohstoffderivate- risiko ¹⁾	0	0	0	-282	0	-282

1) Beizulegender Wert ermittelt aus Kontraktgröße multipliziert mit dem Börsenpreis

Den unter den Währungsderivaten ausgewiesenen USD-Risiken stehen Gegengeschäfte (eigene Optionsscheine) gegenüber.

Der Vorstand hat aufgrund der Risiken aus der Geschäftstätigkeit Sensitivitätsanalysen in Form von Szenarien auf den Handelsbestand vorgegeben und lässt sich laufend über deren Ergebnisse unterrichten. Bei der Berechnung der Sensitivitätsanalysen wurden u.a. die folgenden wahrscheinlichen Risiko-Szenarien zu Grunde gelegt:

MARKTPREISRISIKO	negatives Szenario	positives Szenario	
	Änderung des Marktpreises (in %)	Änderung der implizierten Volatilität (in Prozent- punkten)	Änderung des Marktpreises (in %)
Aktienkursrisiko	-3 %	-	+1 %
Aktienderivaterisiko	-3 %	+5 % / -	+1 %
Rohstoffderivaterisiko	-3 %	+5 % / -	+1 %
Währungsderivaterisiko	-2 %	+2 % / -	+1 %
Zinsrisiken	-0,5 %	-	+1 %

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

Aus den oben beschriebenen wahrscheinlichen Szenarien ergaben sich bezogen auf die Handelsbestände zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 nachfolgende Szenarioergebnisse, die sich in gleicher Höhe auf das Ergebnis und das Eigenkapital auswirken würden:

in TEUR

	31.12. 2008	31.12. 2008	Vorjahr	Vorjahr
	negatives Szenario	positives Szenario	negatives Szenario	positives Szenario
Aktienkursrisiko	-5	2	-98	40
Aktienderivaterisiko	-36	-6	-33	-38
Rohstoffderivaterisiko	-1	0	3	0
Währungsderivaterisiko	-7	3	-5	9
Zinsrisiken	0	0	0	6
Ergebnis der Stress-Szenarien	-49	-1	-133	17

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

Das Szenarioergebnis auf den Bilanzstichtag ist nicht repräsentativ für die Berichtsperiode, da täglich unterschiedliche Handelsbestände gehalten werden, die zu unterschiedlichen Szenarioergebnissen führen können. Im Berichtszeitraum ergaben sich bei den täglich durchgeführten Sensitivitätsanalysen nachfolgende Werte:

in TEUR

	2008	Vorjahr
negatives Szenario		
Durchschnittliches Szenarioergebnis	-325	-473
Negativstes Szenarioergebnis	-1.725	-1.126
Positivstes Szenarioergebnis	633	-86
positives Szenario		
Durchschnittliches Szenarioergebnis	5	13
Negativstes Szenarioergebnis	-1.598	-249
Positivstes Szenarioergebnis	953	184

SONSTIGE ANGABEN

35. SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 4.200 (Vorjahr: TEUR 3.768). Diese beinhalten im Wesentlichen Miet- und Lizenzentgelte.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten Leasingverträge, die nach IAS 17 dem Operatingleasing zuzurechnen sind. Für PkV-Leasingverträge wurden TEUR 53 (Mindestleasingzahlungen) erbracht (Vorjahr: TEUR 53). Als bedingte Mietzahlungen, die sich aus Mehrkilometerleistungen dieser Verträge ergaben, ermitteln sich TEUR 9 (Vorjahr: TEUR 0). Für Leasingverträge im Zusammenhang mit Bürokommunikationsgeräten wurden weiterhin TEUR 7 (Mindestleasingzahlungen) entrichtet (Vorjahr: TEUR 7). Aus diesen Verträgen ergaben sich bedingte Mietzahlungen für die Nutzung der Geräte, die über die vereinbarten Leistungen hinausgingen, in Höhe von TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 1). Die Summen der künftigen Mindestleasingzahlungen sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
Zahlungen bis zu einem Jahr	47	60
Zahlungen nach einem bis zu fünf Jahren	36	46
Zahlungen nach fünf Jahren	0	0

36. EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Nennenswerte Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG haben könnten und über die zu berichten wäre, liegen nicht vor.

37. ANGABEN ÜBER BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäftsvorfälle zwischen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG und den konsolidierten Tochtergesellschaften Lang & Schwarz Gate GmbH und Lang & Schwarz Broker GmbH, die nahe stehende Unternehmen und Personen sind, wurden im Zuge der Konsolidierung eliminiert und werden in dieser Anhangangabe nicht erläutert. Einzelheiten zu Geschäftsvorfällen zwischen dem Konzern und anderen nahe stehenden Unternehmen und Personen sind nachfolgend offen gelegt.

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, ist aufgrund direkter bzw. indirekter Beteiligungen ein nahe stehendes Unternehmen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, das maßgeblichen Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen nehmen könnte. Im Berichtsjahr war der Generalbevollmächtigte der M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, Herr Thomas Schult, Hamburg, Aufsichtsratsmitglied der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Für diese Tätigkeit erhielt Herr Schult die nachstehend unter Tz. 37.3 aufgeführte Vergütung.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

Die Geschäfte mit M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, hatten nachfolgenden Umfang:

<i>in TEUR</i>	2008	Vorjahr
Erträge im Zusammenhang mit der Handelstätigkeit	113	280
Sonstige Aufwendungen	20	20

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Leistungsbeziehungen mit M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Der Personenkreis der Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen umfasst sämtliche Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats.

KONZERNABSCHLUSS
Konzernanhang

— 37.1 Konzernvorstände und Konzerngeschäftsführer

Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, Geschäftsführer der Lang & Schwarz Gate GmbH und der Lang & Schwarz Broker GmbH waren im Geschäftsjahr 2008:

HERR ANDRÉ BÜTOW, Vorstand—*Neuss*
HERR PETER ZAHN, Vorstand—*Düsseldorf*

Die Mitglieder des Vorstands, Herr Bütow und Herr Zahn, sind bis zum Jahr 2012 bestellt.

Herr Bütow ist Mitglied des Aufsichtsrats der vwd TransactionSolutions AG, Frankfurt a. M.

— 37.2 Aufsichtsratsmitglieder

Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzte sich im Geschäftsjahr 2008 wie folgt zusammen:

HERR JOCHEN VON CIRIACY-WANTRUP,
Bankier i. R.
— *Friedberg (Vorsitzender)*

HERR ARIBERT LIESKE,
Steuerberater
— *Düsseldorf (stellvertretender Vorsitzender)*

HERR THOMAS SCHULT,
Bankkaufmann bei der M.M. Warburg & CO KGaA in Hamburg
— *Hamburg*

— 37.3 Vergütung der Organmitglieder der
Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzt sich aus festen Gehaltsbestandteilen und einer variablen, in Abhängigkeit vom Geschäftserfolg gewährten Vergütung zusammen. Darüber hinaus werden Sachzuwendungen in Form von Dienstwagenüberlassungen gewährt. Pensionszusagen, unentgeltliche Aktienaussgaben, Aktienoptionen oder sonstige aktienbasierte Vergütungen werden dem Vorstand nicht gewährt.

Die Gesamtbezüge der Organe im Geschäftsjahr 2008 (Vorjahr) stellen sich wie folgt dar:

<i>in TEUR</i>	Fixe Vergütung	Variable Vergütung	Sachbezüge
Vorstandsmitglied			
André Bütow	279 (279)	0 (300)	11 (10)
Peter Zahn	279 (279)	0 (300)	10 (10)

In den Dienstleistungsverträgen der Vorstände ist für den Fall, dass nach Ablauf des Beststellungszeitraums keine weitere Bestellung erfolgt, vorgesehen, dass die Gesellschaft für den Zeitraum von zwölf Monaten ein Übergangsgeld i.H.v. TEUR 10 p.M. zahlt, solange der jeweilige Vorstand kein neues Beschäftigungsverhältnis eingeht. Eine Verpflichtung zur Zahlung des Übergangsgeldes besteht nicht, wenn die Voraussetzung einer Kündigung nach § 626 BGB zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses vorliegt.

Es bestehen Vereinbarungen mit jedem Vorstandsmitglied für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrags zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25 % des Aktienbestandes kommt. Die Gesellschaft hat sodann – unbeschadet weitergehender gesetzlicher Rechte – das Recht, die Bestellung mit einer Frist zum Monatsende des 6. auf das Ereignis folgenden Monats zu widerrufen und den Dienstvertrag mit Wirkung auf diesen Beendigungstermin unter Einhaltung einer 6-monatigen Kündigungsfrist zu kündigen. Dem Vorstandsmitglied wird als Abstandszahlung/Entschädigung in diesem Fall zum Zeitpunkt des Ausscheidens ein Betrag in Höhe von 75 % der zwischen dem vorzeitigen Vertragsende und dem Ende der Laufzeit rechnerisch noch anstehenden Bezüge nach den entsprechenden Regelungen des Dienstvertrages gezahlt. Bei der Berechnung des 75 %-igen Tantiemeanteils wird als Berechnungsbasis der Durchschnitt der zuletzt bezogenen beiden Jahrestantiemen zugrunde gelegt. Sachbezüge werden mit dem steuerlichen Ansatz berücksichtigt.

Das gleiche Sonderkündigungsrecht wie zuvor hat in solcher Situation seinerseits das Vorstandsmitglied. Dieses Recht des Vorstandsmitglieds ist jedoch auf den Fall eingeschränkt,

a) dass nach Eintritt des neuen Großaktionärs der Katalog der Geschäfte erweitert oder verschärft wird, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen

oder

b) dass in anderer Weise nach Eintritt des neuen Großaktionärs seitens des Aufsichtsrats auf die Arbeit des Vorstands im Sinne einer Einengung der bisherigen Freiheit bei der Leitung des Unternehmens, insbesondere durch dienstrechtlich gestützte Veränderungen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, Einfluss genommen wird.

Die Verträge enthalten weitere Detailregelungen, unter anderem zu Einzelheiten der Kündigungsfristen.

Die Gesellschaft hat eine D & O-Versicherung abgeschlossen, die jährlich zur Prolongation ansteht. Die Versicherung deckt die persönlichen Haftungsrisiken für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden.

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

Die **Gesamtbezüge des Aufsichtsrats** der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemessen sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007. Danach erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats eine fixe Vergütung in Höhe von TEUR 37,5 zzgl. Mehrwertsteuer. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält TEUR 50 zzgl. Mehrwertsteuer. Erstattet werden auch aufgrund der Ausübung des Amtes entstehende Auslagen einschließlich einer etwaigen auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallenden Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Für das Geschäftsjahr 2008 hat der Aufsichtsrat auf insgesamt TEUR 37,5 zzgl. Mehrwertsteuer verzichtet. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder.

KONZERNABSCHLUSS

Konzernanhang

in TEUR

AUFSICHTSRATS- MITGLIEDER	Vergütung für das Geschäfts- jahr 2008	Vorjahr
Aufsichtsvorsitzender		
Jochen von Ciriacy-Wantrup	45	87
(ohne Mehrwertsteuer)	(37,5)	(73)
Stellvertretender Aufsichtsvorsitzender		
Aribert Lieske	30	63
(ohne Mehrwertsteuer)	(25)	(53)
Aufsichtsratsmitglied		
Thomas Schult	30	65
(ohne Mehrwertsteuer)	(25)	(53)

Eine Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands sowie der Mitglieder des Aufsichtsrats ist auch im Vergütungsbericht wiedergegeben. Dieser ist Bestandteil des Konzernlageberichts der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG.

38. HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die im Geschäftsjahr erfassten Aufwendungen an den Abschlussprüfer betragen TEUR 190 für erfasste Honorare für die Abschlussprüfung sowie TEUR 19 für sonstige Leistungen.

**39. MITTEILUNGEN ÜBER DAS BESTEHEN VON
BETEILIGUNGEN NACH § 21 WPHG AN DER
LANG & SCHWARZ WERTPAPIERHANDELSBANK AG**

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1a WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 27. September 2006 31,48 % (990.350 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 18,45 % (580.350 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1a WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 27. September 2006 18,45 % (580.350 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 6,83 % (215.000 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Das Bankhaus Carl F. Plump & Co., Bremen, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1a WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 27. September 2006 6,83 % (215.000 Stimmrechte) beträgt.

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 28. September 2006 die Schwelle von 25 % unterschritten hat und nun 24,65 % (775.350 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 11,62 % (365.350 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Das Bankhaus Carl F. Plump & Co., Bremen, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 28. September 2006 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und nun 0 % beträgt.

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 6. Oktober 2006 die Schwelle von 25 % überschritten hat und nun 25,06 % (788.168 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 12,03 % (378.168 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 10. April 2007 die Schwelle von 5 % überschritten hat und nun 5,48 % (172.491 Stimmrechte) beträgt.

Die Futures Computer Trading Limited, Gibraltar, Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 12. September 2008 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und nun 4,75 % (149.384 Stimmrechte) beträgt.

Die Futures Computer Trading Limited, Gibraltar, Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 23. September 2008 die Schwelle von 3 % unterschritten hat und nun 1,31 % (41.085 Stimmrechte) beträgt.

Die ARB Financial Group Plc, Gibraltar, Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und nun 10,05 % (316.112 Stimmrechte) beträgt.

Herr Pino Curcio, Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und nun 10,05 % (316.112 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 10,05 % (316.112 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der ARB Financial Group Plc, Gibraltar, Gibraltar, zuzurechnen.

40. ENTSPRECHENSERKLÄRUNG NACH § 161 AKTG

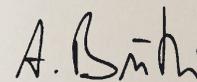
Vorstand und Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG haben mit Datum vom 17. März 2009 eine Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG abgegeben. Diese Erklärung ist auf der Homepage der Gesellschaft einzusehen und hat turnusmäßig die Erklärung vom 17. März 2008 ersetzt.

41. ZEITPUNKT DER FREIGABE ZUR VERÖFFENTLICHUNG

Der IFRS-Konzernabschluss der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2008 wird durch den Vorstand zur Veröffentlichung am 24. April 2009 freigegeben. Die Veröffentlichung auf der Homepage der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG erfolgt am 30. April 2009.

DÜSSELDORF, DEN 24. APRIL 2009

DER VORSTAND



ANDRÉ BÜTOW



PETER ZAHN

KONZERNABSCHLUSS

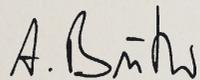
Versicherung der gesetzlichen Vertreter

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

DÜSSELDORF, DEN 24. APRIL 2009

DER VORSTAND



ANDRÉ BÜTOW



PETER ZAHN

MOVIE



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den von der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

KONZERNABSCHLUSS

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

KONZERNABSCHLUSS

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

DÜSSELDORF, DEN 24. APRIL 2009

DELOITTE & TOUCHE GMBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

— gez. DR. BRAUN — *Wirtschaftsprüfer*

— gez. ppa. SCHELLER — *Wirtschaftsprüfer*

BERICHT ZUR CORPORATE GOVERNANCE

Gemeinsamer Bericht von Aufsichtsrat und Vorstand der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Vorstand und Aufsichtsrat der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gehen mit den Prinzipien guter Corporate Governance konform und fühlen sich diesen verpflichtet. Eine verantwortungsvolle, den Interessen der Aktionäre entsprechende Unternehmensführung genießt bei der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG höchste Priorität und ist auf eine nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtet.

Die Unternehmensführung und -kontrolle der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG entsprechen den jeweils gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Erfordernissen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 06. Juni 2008.

Am 17. März 2009 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung gemäß §161 AktG abgegeben. Ausnahmen bestehen aufgrund der Unternehmensgröße, der Struktur sowie unternehmensspezifischen Gegebenheiten und werden im Folgenden erläutert:

ZUSAMMENWIRKEN VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten im Interesse der Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG eng und vertrauensvoll zusammen. Der Vorstand leitet die Gesellschaft und führt deren Geschäfte. Er ist an das Unternehmensinteresse gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und überwacht dessen Geschäftsführung. Dabei berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage des Unternehmens einschließlich der Risikolage, das Risikomanagement und die Compliance.

VORSTAND

Der Vorstand der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG besteht mit Herrn Peter Zahn und Herrn André Bütow nach wie vor aus zwei gleichberechtigten Mitgliedern. Aktuell ist eine Ernennung eines Vorsitzenden oder eines Vorstandssprechers nicht geplant, da dem Vorstand lediglich zwei Mitglieder angehören. Diese Auffassung teilt auch der Aufsichtsrat, womit der Empfehlung in Punkt 4.2.1 nicht entsprochen wird.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder umfasst feste und variable Bestandteile. Die variablen Bestandteile werden jährlich wiederkehrend am geschäftlichen Erfolg der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemessen. Eine detaillierte Offenlegung der Vorstandsbezüge wird im nachfolgenden Vergütungsbericht erläutert.

AUFSICHTSRAT

Dem Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gehören unverändert drei Mitglieder an: Herr Jochen von Ciriacy-Wantrup, Herr Aribert Lieske sowie Herr Thomas Schult. Herr Aribert Lieske und Herr Thomas Schult sind für Geschäftspartner der Gesellschaft tätig und gleichzeitig verpflichtet, auftretende Interessenskonflikte unverzüglich zu melden. Eine unabhängige Beratung und die objektive Überwachung des Vorstands ist somit gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2008 kam es zu keinen Abweichungen von der für diesen Zeitraum geltenden Entsprechungserklärung. Interessenskonflikte sind nicht aufgetreten.

Der Aufsichtsrat bildet in Anbetracht seiner Struktur keine Ausschüsse und entspricht somit nicht den entsprechenden Empfehlungen. Zentrale Aufgabe des Aufsichtsrats ist die regelmäßige Überwachung des Vorstands bei der Unternehmensführung. Zudem erörtert der Aufsichtsrat die Zwischenmitteilungen, den Halbjahresfinanzbericht und prüft den Jahresabschluss und den Konzernabschluss sowie den Lagebericht und den Konzernlagebericht nebst der Verwendung des Bilanzgewinns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus entscheidet der Aufsichtsrat auch über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands. Dabei wird jedoch auf eine generelle Altersgrenze für Vorstände gemäß Ziffer 5.1.2 verzichtet. Aus Sicht der Gesellschaft sind allein Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Erfahrungen von wesentlicherer Bedeutung.

KONZERNABSCHLUSS

Bericht zur Corporate Governance

Die Wahlen zum Aufsichtsrat sollen unter Berücksichtigung der einfachen Handhabung nur als Einzelwahl durchgeführt werden. Insbesondere dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats muss im Zuge seiner koordinierenden Tätigkeit ein hohes Maß an Vertrauen und Akzeptanz zugesprochen werden. Somit besteht in Anlehnung an Ziffer 5.4.3. keine zwingende Notwendigkeit, den Aktionären einzelne Kandidaten-vorschläge für den Vorsitz des Aufsichtsrats zu unterbreiten bzw. bekannt zu geben.

Nach Ziffer 5.4.1. wird zudem auf die Festlegung einer Altersgrenze bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats verzichtet.

Die Vergütung an den Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemisst sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007 wonach – abweichend von Ziffer 5.4.6. – lediglich der Vorsitz im Aufsichtsrat bei der Vergütung des Aufsichtsrats berücksichtigt wird. Für das Geschäftsjahr 2008 hat der Aufsichtsrat auf insgesamt TEUR 45 verzichtet.

Eine detaillierte Aufschlüsselung und Offenlegung der Gesamtvergütung des Aufsichtsrats ist im nachfolgenden Vergütungsbericht dargelegt.

KONZERNABSCHLUSS

Bericht zur Corporate Governance

DIRECTORS DEALINGS

Im Geschäftsjahr 2008 wurden folgende mitteilungspflichtigen Erwerbs- und Veräußerungsgeschäfte von Organmitgliedern und sonstigen Führungskräften entsprechend § 15a WpHG der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG in Aktien der Gesellschaft (WKN 645932) gemeldet:

KONZERNABSCHLUSS
Bericht zur Corporate Governance

Datum	Name	Funktion
18.09.2008	Annegret Zahn	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines geschäftsführenden Organs
22.10.2008	Heike Bütow	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines geschäftsführenden Organs
31.10.2008	Heike Bütow	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines geschäftsführenden Organs

KONZERNABSCHLUSS
Bericht zur Corporate Governance

Kauf/ Verkauf	Preis	Stück	Betrag
	<i>in EUR</i>		<i>in EUR</i>
Kauf	2,25	3.000	6.750,00
Kauf	1,6533	1.200	1.984,00
Kauf	1,57	2.000	3.140,00

RECHNUNGSLEGUNG

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG informiert sämtliche Interessengruppen zeitnah, umfassend und gleichmäßig. Gemäß Ziffer 7.1.2 des Corporate Governance Kodex soll eine Veröffentlichung des Konzernabschlusses binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende erfolgen. Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG behält sich vor, aufgrund innerbetrieblicher Prozesse den Konzernabschluss 120 Tage nach Ablauf des Geschäftsjahres zu publizieren. Die Offenlegung der Zwischenberichte erfolgt 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes und somit wie im Kodex empfohlen. Im Einzelfall können die genannten Fristen unwesentlich überschritten werden.

TRANSPARENZ

Die Homepage der Gesellschaft stellt eine Übersicht sämtlicher Finanzkennzahlen zur Verfügung. Ebenso stehen in der Rubrik „Investor Relations“ Finanzberichte (Zwischenmitteilungen, Halbjahresfinanzberichte, Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte) zum Download bereit. Sie beinhaltet auch einen Finanzkalender, der über wesentliche Termine und Veröffentlichungen informiert.

Die Mitglieder des Vorstands sind am Grundkapital der Gesellschaft mit der nachstehenden Zahl von Stückaktien beteiligt (Stand: im April 2009):

PETER ZAHN: 31.000 Stückaktien
ANDRÉ BÜTOW: 29.000 Stückaktien

Mitglieder des Aufsichtsrats sind am Grundkapital der Gesellschaft mit der nachstehenden Zahl von Stückaktien beteiligt (Stand: im April 2009):

JOCHEN VON CIRIACY-WANTRUP: 22.000 Stückaktien
ARIBERT LIESKE: 27.500 Stückaktien

Auf der Unternehmens-Website www.ls-d.de ist die aktuelle, seitens des Vorstands und Aufsichtsrats am 17. März 2009 verabschiedete Entsprechenserklärung öffentlich einzusehen. Weiterhin steht hier die Unternehmenssatzung sowie der vollständige Deutsche Corporate Governance Kodex zur Verfügung.

Etwaige aktuelle Entwicklungen bezüglich der Corporate Governance Standards werden darüber hinaus öffentlich gemacht und dargestellt.

Die Satzung entspricht in ihrer aktuellen Fassung – ebenso wie die Geschäftsordnungen der Organe – allen Erfordernissen des Kodex.

VERGÜTUNGSBERICHT

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzt sich aus festen Gehaltsbestandteilen und einer variablen, in Abhängigkeit vom Geschäftserfolg gewährten Vergütung zusammen. Darüber hinaus werden Sachzuwendungen in Form von Dienstwagenüberlassungen gewährt. Pensionszusagen, unentgeltliche Aktienaushändigungen, Aktienoptionen oder sonstige aktienbasierte Vergütungen werden dem Vorstand nicht gewährt.

Die variable Vergütung bemisst sich auf Basis eines analog nach HGB ermittelten Konzernergebnisses, unter Berücksichtigung von Sonderinflüssen sowie einer Mindestverzinsung des eingetragenen Grundkapitals der Gesellschaft. Von dieser Regelung kann in Sonderfällen abgewichen werden.

Weiterhin ist in den Dienstleistungsverträgen der Vorstände für den Fall, dass nach Ablauf des Bestellungszeitraums keine weitere Bestellung erfolgt, vorgesehen, dass die Gesellschaft für den Zeitraum von zwölf Monaten ein Übergangsgeld i.H.v. TEUR 10 p.M. zahlt, solange der jeweilige Vorstand kein neues Beschäftigungsverhältnis eingeht. Eine Verpflichtung zur Zahlung des Übergangsgeldes besteht nicht, wenn die Voraussetzung einer Kündigung nach § 626 BGB zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses vorliegt.

Es bestehen Vereinbarungen mit jedem Vorstandsmitglied für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrags zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25 % des Aktienbestandes kommt. Die Gesellschaft hat sodann – unbeschadet weitergehender gesetzlicher Rechte – das Recht, die Bestellung mit einer Frist zum Monatsende des 6. auf das Ereignis folgenden Monats zu widerrufen und den Dienstvertrag mit Wirkung auf diesen Beendigungstermin unter Einhaltung einer 6-monatigen Kündigungsfrist zu kündigen. Dem Vorstandsmitglied wird als Abstandszahlung/Entschädigung in diesem Fall zum Zeitpunkt des Ausscheidens ein Betrag in Höhe von 75 % der zwischen dem vorzeitigen Vertragsende und dem Ende der Laufzeit rechnerisch noch anstehenden Bezüge nach den entsprechenden Regelungen des Dienstvertrages gezahlt. Bei der Berechnung des 75%-igen Tantiemeanteils wird als Berechnungsbasis der Durchschnitt der zuletzt bezogenen beiden Jahrestantiemen zugrunde gelegt. Sachbezüge werden mit dem steuerlichen Ansatz berücksichtigt.

Das gleiche Sonderkündigungsrecht wie zuvor hat in solcher Situation seinerseits das Vorstandsmitglied. Dieses Recht des Vorstandsmitglieds ist jedoch auf den Fall eingeschränkt,

a) dass nach Eintritt des neuen Großaktionärs der Katalog der Geschäfte erweitert oder verschärft wird, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen

oder

b) dass in anderer Weise nach Eintritt des neuen Großaktionärs seitens des Aufsichtsrats auf die Arbeit des Vorstands im Sinne einer Einengung der bisherigen Freiheit bei der Leitung des Unternehmens, insbesondere durch dienstrechtlich gestützte Veränderungen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, Einfluss genommen wird.

Die Verträge enthalten weitere Detailregelungen, unter anderem zu Einzelheiten der Kündigungsfristen.

Für das Geschäftsjahr 2008 wurden die nachfolgenden Vergütungen gewährt (Vorjahr in Klammer):

in TEUR

VORSTANSMITGLIED	Fixe Vergütung	Variable Vergütung	Sachbezüge
André Bütow	279 (279)	0 (300)	11 (10)
Peter Zahn	279 (279)	0 (300)	10 (10)

Die Vergütung des Aufsichtsrats der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemisst sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007. Danach erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats eine fixe Vergütung in Höhe von TEUR 37,5. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält TEUR 50. Erstattet werden auch aufgrund der Ausübung des Amtes entstehende Auslagen einschließlich einer etwaigen auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallenden Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2008. Für das Geschäftsjahr 2008 hat der Aufsichtsrat auf insgesamt TEUR 38,5 zzgl. Mehrwertsteuer seiner Bezüge verzichtet, damit insgesamt auf TEUR 45.

in TEUR

AUFSICHTSRATSMITGLIEDER	Vergütung für das Geschäfts- jahr 2008	Vorjahr
Aufsichtsvorsitzender		
Jochen von Ciriacy-Wantrup	45	87
(ohne Mehrwertsteuer)	(37,5)	(73)
Stellvertretender Aufsichtsvorsitzender		
Aribert Lieske	30	63
(ohne Mehrwertsteuer)	(25)	(53)
Aufsichtsratsmitglied Thomas Schult	30	65
(ohne Mehrwertsteuer)	(25)	(53)

Die Gesellschaft hat eine D&O-Versicherung abgeschlossen, die jährlich zur Prolongation ansteht. Die Versicherung deckt die persönlichen Haftungsrisiken für den Fall ab, dass der versicherte Personenkreis bei Ausübung seiner Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird.

**ERKLÄRUNG DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS DER
LANG & SCHWARZ WERTPAPIERHANDELSBANK AG
zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher
Corporate Governance Kodex“**

—gem. § 161 AktG

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG entspricht den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ (Stand 06. Juni 2008), soweit sie derzeit auf die Gesellschaft anwendbar sind, mit den nachfolgend aufgeführten Ausnahmen:

- Ziffer 4.2.1 Der Vorstand der Gesellschaft hat keinen Vorsitzenden oder Sprecher. Der Vorstand der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG besteht aus zwei gleichberechtigten Mitgliedern. Die Ernennung eines Vorsitzenden oder Sprechers ist derzeit nicht vorgesehen. Die Gesellschaft verfügt über eine Geschäftsordnung für den Vorstand.
- Ziffer 4.2.2 Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verfügt nur über drei Mitglieder. Deshalb bildet der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG keine Ausschüsse.

- Ziffer 4.2.3 Die Grundzüge des Vergütungssystems des Vorstands werden im Geschäftsbericht erläutert. Ein Aktienoptionsplan oder eine vergleichbare Gestaltung für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter bestehen nicht.
- Ziffer 5.1.2 Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass das Alter eines Organmitglieds für dessen Qualifikation nicht entscheidend ist. Deshalb hat sie keine Altersgrenzen für Vorstandsmitglieder festgelegt.
- Ziffer 5.3 Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verfügt nur über drei Mitglieder. Deshalb bildet der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG keine Ausschüsse.
- Ziffer 5.3.2 Insbesondere die Bildung eines separaten Prüfungsausschusses (Audit Committee) ist nach Ansicht der Gesellschaft aufgrund des Risikomanagements sowie des Umstandes, dass der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nur über drei Mitglieder verfügt, entbehrlich. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats verschaffen sich ein Bild über die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer; der Prüfungsauftrag wird vom gesamten Aufsichtsrat erteilt, der auch die Prüfungsschwerpunkte festlegt und sich mit der Honorarvereinbarung befasst.

- Ziffer 5.4.1 Da es bei Mitgliedern des Aufsichtsrats vor allem auf Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Erfahrungen ankommt, ist die Festlegung einer Altersgrenze für Mitglieder des Aufsichtsrats nicht notwendig und aus Sicht der Gesellschaft auch nicht sinnvoll.
- Ziffer 5.4.2 Dem Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gehören Personen an, die Geschäftspartner der Gesellschaft sind. Diese sind verpflichtet, Fälle von Interessenkonflikten unverzüglich offen zu legen. Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass hierdurch eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat sichergestellt wird.
- Ziffer 5.4.3 Aus Praktikabilitätsgründen sollen Wahlen zum Aufsichtsrat nicht nur als Einzelwahl durchgeführt werden. Da der Vorsitzende des Aufsichtsrats in erster Linie die Arbeit des Aufsichtsrats koordinieren soll, muss dieser vor allem das Vertrauen und die Akzeptanz der übrigen Aufsichtsratsmitglieder genießen. Es erscheint daher entbehrlich, den Aktionären Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz bekannt zu geben.

- Ziffer 5.4.6 Aufgrund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 20. Juni 2007 wird lediglich der Vorsitz im Aufsichtsrat bei der Vergütung des Aufsichtsrats berücksichtigt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen keine erfolgsorientierte Vergütung. Durch eine nicht mit dem Unternehmenserfolg verbundene Vergütung des Aufsichtsrats soll jeder denkbare Interessenkonflikt mit den Kontroll- und Überwachungsaufgaben des Aufsichtsrats vermieden werden.

- Ziffer 7.1.2 Der Kodex empfiehlt, dass der Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich sein soll. Eine Veröffentlichung innerhalb dieser Frist ist aufgrund der zu durchlaufenden innerbetrieblichen Prozesse nicht möglich. Die Gesellschaft wird den Geschäftsbericht aus diesem Grund binnen 120 Tagen veröffentlichen. Die Zwischenberichte werden – wie im Kodex empfohlen – binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht. Diese Fristen können im Einzelfall geringfügig überschritten werden.

DÜSSELDORF, 17. MÄRZ 2009

KONTAKT

Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG

Breite Straße 34

40213 Düsseldorf

— Telefon 0211 . 138 40-0

— Telefax 0211 . 138 40-90

investor-relations@ls-d.de

public-relations@ls-d.de

www.ls-d.de

IMPRESSUM

— Konzeption — Design — *Images*

Dipl.-Designerin Stephanie Hin — *Köln*

— Beratung, Koordination

Dipl.-Kaufmann Eik Schönbörner — *Köln*

